

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SA 16
Wusterhausener Str. 15 (Redakteur: C. Dittmer)
Fernsprecher: Kant Northplan 3105/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.
mit wöchentl. Beilage „Die Sanitätswehr“ 6 Mk.

An die Arbeiter der Welt!

Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden! Die europäischen Großmächte, die angeblich den Völkern Frieden errichten wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschlossen. Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun. Die Sklaverei wird eingeführt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit zur höheren Ehre Gottes und der Menschheit. Vier Jahre haben die Völker Europas unter dem Kriege gelitten. Vierzig Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft derer standen, denen die Gegner die Schuld am Kriege zuschieben, dafür büßen. Ihre Kinder und Kindeskinde sollen verkommen und sterben. Sie selbst sollen wie die Arbeitstiere am Leben gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben. Ungefähr ebensoviel, wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege ausmachte, soll im Laufe von 42 Jahren von den deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeliefert werden, erzeugt in einem Lande, dem man schon die ungeheuerlichsten Lasten auferlegte, seine Naturschätze zum großen Teil genommen und dem man den Abzug der Werte seiner Arbeit nach anderen Ländern unterbindet. Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen, es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen. Haß und Verbitterung werden sich in die Herzen einfressen, auch in die Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang für internationale Verständigung und für Völkerverbrüderung gekämpft haben.

Arbeiter der Welt, Ihr habt das Wort!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa).

Beirat der Freien gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

Wen wählen wir am 20. Februar?



Diele unserer Kollegen haben ganz unmittelbar an dem Ausfall der preußischen Landtagswahlen ein lebhaftes Interesse, weil ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse damit im Zusammenhang stehen. Ueber 75 000 Mitglieder zählten allein unsere Staatsarbeitergruppen. Dazu kommt unsere Reichsaktion „Gesundheitswesen“, deren Verhältnisse zum meist von der preußischen Landesgesetzgebung erfaßt werden. Ferner sind auch unsere Kollegen in Kreis- und Provinzialbetrieben vielfach von den Bestimmungen des preußischen Staates abhängig, und schließlich wird auch das Los der preußischen Gemeindearbeiter in erheblichem Maße bestimmt von der Lohn- und Gehaltspolitik, die im preußischen Staatsbetrieb entscheidend ist. All das gibt uns hinreichend Veranlassung, der Frage nachzugehen, wen wir am 20. Februar wählen.

Es gab freilich eine Zeit — und sie liegt nicht einmal so fern —, da konnte man fast im Zweifel sein, ob es sich überhaupt verlohne, an den preußischen Landtagswahlen teilzunehmen. Das Dreiklassenwahlrecht ermöglichte der Arbeiter-

schaft kaum, planmäßig gesetzgeberische Arbeit im Parlament zu leisten, da die wenigen Vertreter des Sozialismus einer geschlossenen Mehrheit bürgerlich-reaktionärer Tendenz gegenüberstanden, an der alle Argumente abprallten. Preußen war der Hort der Reaktion, und voll Neid konnte man damals auf Süddeutschland blicken, wo solche Ungeheuerlichkeiten, wie sie im Dreiklassenhaus gang und gäbe waren, denn doch nicht vor sich gingen.

Heute freilich, nach der Revolution, steht die Sache fast umgekehrt aus: die Reaktion ist am stärksten im Bayernland und gerade in Preußen besteht noch ein letzter Rest von Revolutionserregenschaften, von dem wir freilich nicht wissen, ob er sich noch lange nach dem 20. Februar erhalten wird.

Denn die preußischen Landtagswahlen entscheiden über die fernere Gestaltung der gesamten inneren Politik auch des übrigen Deutschland. Wohl haben wir in den letzten Monaten infolge der Zerrissenheit der Arbeiterparteien Schritt um Schritt an Boden verloren. Wohl sind auch die wirtschaftlichen Verhältnisse, dank der planlosen kapitalistischen Drunter- und Drüberwirtschaft, für die Arbeiterklasse noch elender geworden. Wohl ist die Verschuldung des preußischen

den
g und
Ber-
orige
t, daß
keinen
beiter
fation
ampfen
le pp
u a s
e Mit-
niedri-
reiben.
tialien
beitrag
wozu
ie Bei-
stlichen
in Be-
ehr an
trahen-
theiß?
ndwirt-
r unter
ich? in
gewählt
beräten
il mön-
ien die
en, hat
e die ber
iebs-
unter-
e konst-
rigger
Waldb-
g alle
st soll
lein die
Unter-
ien die
Betriebs-

ca.
fendung
streich-
e Haupt-
tit, un-

orstand.

•

durch ein
narn aller
schaft und

belehrend
as gefühl-
hen. Wir
i sich, daß
e Wirkung
enbuch es
zu können.
kennt man
und Anfor-
e Europa?
berfallert
verweigert
sünderer
beimohnte
Partei: si
e: Towie
e: Towie
e: Towie
e: Towie

e. Berlin
reit 50 Pf.
uines Str. 16

Staates und der Gemeinden so weit vorgeschritten, daß man mit gelindem oder stärkerem Grauen an die Zukunft denkt. Dennoch muß von dem besonnenen Teil der Arbeiterschaft alles versucht werden, um die Lebenslage wieder erträglich zu machen. Dazu aber soll uns die preußische Gesetzgebung eine hervorragende Handhabe sein.

Es ist schon schlimm genug, daß uns der ausländische Kapitalismus unbarmherzig auf ein Menschenalter hin als Sklavenvolk behandeln will. Der umstehende Aufruf an die Arbeiter der Welt preßt den Notzettel aus der Brust der Millionen Arbeitenden. Hier bleibt noch die Hoffnung, daß wir das Joch abshütteln mit Hilfe aller Menschen, die menschlich fühlen auf dem Erdball, solange wir uns selber regen und für freie Zustände im Innern eintreten. Sind wir aber erst wieder im eigenen Lande völlig verflocht und unter die weiße Fessel der bürgerlichen „Volksparteien“ geraten, so ist auch die Abwehr gegen den Entente-Kapitalismus vergeblich!

Nur ein Volk, das im eigenen Lande politische und wirtschaftliche Freiheiten besitzt, kann sich Achtung und Freiheit gegenüber dem Auslande verschaffen!

So ist also die Frage der preußischen Landtagswahlen gleichzeitig eine Frage der gesamtdeutschen Entwicklung und Wiedergenesung.

Daß wir in Preußen gewaltig vorwärts gekommen sind in der inneren Politik, ist nicht zu leugnen. Trotzdem ist der Hauptteil der Arbeit noch zu tun.

Wohl hat das preußische Kultusministerium unter Haenisch tastende Reformversuche gemacht, die mit der Einführung der Grundschule am 1. April 1921 ihre Krönung erfahren sollen. Aber noch fehlt uns dieser solide Unterbau, und er ist vielleicht in Frage gestellt, wenn am 20. Februar eine verstärkte bürgerliche Mehrheit im Landtag ihren Einzug hält. Noch ist der Lehrkörper unserer Volksschule — von den höheren Schulen ganz zu schweigen — sehr wenig freiheitlich eingestellt, und jede fortschrittliche Maßnahme des preußischen Kultusministeriums wurde bisher nur mit Unwillen, zuweilen sogar mit Widerstand aufgenommen.

Unsere Ernährungspolitik in Preußen läßt gewiß alles zu wünschen übrig; wenn wir uns indessen des hartnäckigen Kampfes erinnern, den der Sozialist Braun auszufochten hat mit den nimmerfatten Agrariern, so bekommen wir eine klare Vorstellung von der unbegrenzten Ausbeutungspolitik, die einsehen wird, sobald „agrarisches“ in Preußen vollends Trumpf würde. Und die berühmte „Freiheit des Handels“, die von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen gefordert wird, legt eine weitere ungeheuerliche Brotpreissteigerung usw. voraus, so daß wir dann eigentlich kein Recht mehr hätten, uns über die ausländische Ausbeutung zu beklagen, da ja die inländische „preisgetrönte“ noranmarkierte.

Auf dem Spiele steht also am 20. Februar eigentlich unsere ganze Zukunft.

Und nun noch einige Andeutungen über die Wirkung eines reaktionären Wahlausfalles auf unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Gewiß ist es infolge der mißlichen Finanzlage, die der Krieg und die Niederlage verschuldet, sehr schwer, unseren bescheidensten Anforderungen gerecht zu werden. Gewiß wehrt sich an manchen Orten eine — sagen wir — sitzgebundene Verwaltungsbureaucratie recht zäh und geschickt gegenüber unserem planmäßigen Vorwärtsdrängen. Aber unsere Tarifpolitik, die im geeignetsten Zeitpunkt einsetzte, hat uns doch in hunderten kleiner und größerer Orte so viel Luft geschaffen, daß wir begonnen haben freier zu atmen. Sollen wir an die unseligen Zeiten erinnern, da es als selbstverständlich erachtet wurde, daß in den Kranken- und Irrenanstalten der 12- bis 14-Stundentag das mindeste war. Sollen wir an die Unfreiheit in staatlichen und städtischen Betrieben erinnern, da man weder gewerkschaftlich noch politisch sich or-

ganisieren durfte? Ach, zum Glück — mitunter aber auch zum Unglück! — vergessen die meisten Menschen sehr bald die Unbill der Vergangenheit und sehen nur noch die Unbill dieser unbarmherzig harten Gegenwart, die uns ein finstres Geschick bescherte.

Mag man darum oft genug mit Recht unzufrieden sein über die ungenügenden Existenzmittel, die von den demokratisch und sozialistisch zusammengesetzten Gemeindegewerkschaften oder von der bisherigen bürgerlich-sozialistischen Preußenregierung bewilligt wurden; sicher ist, daß jede stärkere bürgerliche Zusammensetzung unseren Kampf erheblich erschweren wird und uns noch weniger bringt.

Alles, was wir bislang in der neuen preußischen Gesetzgebung erhielten, beruht auf Kompromiß. Gelingt es in diesen Tagen bei der Preußenwahl, die Arbeitermassen in ihrer Mehrheit zu Sozialistenwählern zu bestimmen, so kann endlich zielklare sozialistische Politik getrieben und durchgeführt werden.

Alles Reden und Schreiben über die Sozialisierung der Kohle hat uns zwar allerhand „Systeme“ hervorgezaubert, die wirkliche Durchführung aber ist nicht erreicht. Auch hierüber entscheiden wir indirekt am 20. Februar, denn im Reich werden die Stimmsleute bei ungünstigem Ausfall der Preußenwahlen mit verstärkter Reaktion einlegen und nach der geistigen Korruption durch Ankauf der Großpresse auch die materielle Korruption der früheren Zeit wieder ungeniert aufleben lassen.

Unsere Justiz — das könnten wir mit unzähligen Beispielen belegen — hat sich von Monat zu Monat wieder rückwärts entwickelt, weil die unabsehbaren Richter noch aus der alten Zeit stammen und weil sie allmählich wieder ihre „wahre Gesinnung“ betätigen. Bekommen wir ein reaktionäres Preußen bei den Wahlen, so können wir noch ganz andere Dinge erleben!

Und auch die Drzschleute werden dann erst recht zeigen, was sie können!

Es ist in diesen schwarzen Zeiten wahrlich nicht unsere Absicht, noch besonders schwarz zu malen, aber den vorgeführten Tatsachen kann und darf sich niemand verschließen.

Darum wählen wir am 20. Februar unter allen Umständen sozialistisch!

Das Existenzminimum im Januar 1921.

Die Kosten des Existenzminimums waren im Januar 1921 etwas niedriger als im Vormonat, aber höher als von August bis November 1920. In Groß-Berlin kosteten Brot, Milch und Gas 10mal soviel wie vor sieben Jahren, Britetts 13mal soviel, Butter 14mal soviel, Zuder 15mal soviel, Margarine 16mal soviel, Kartoffeln 19mal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Von Januar 1920 bis Januar 1921 stieg der Preis für 1 Pfund Brot von 55 Pf. auf 1,18 Mk., Kartoffeln von 23 Pf. auf 52 Pf., Butter von 12,60 Mk. auf 20 Mk., Zuder von 1,05 Mk. auf 3,80 Mk. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Januar 1914 bis Januar 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Zwölfwache. In den vier Wochen vom 3. bis zum 30. Januar wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Jan. 1921	Jan. 1914
7600 Gramm Brot	1800 Pf.	186 Pf.
600 „ Roggmehl	510 „	17 „
1000 „ Fleisch	2184 „	180 „
80 „ Butter	880 „	28 „
700 „ Zuder	592 „	35 „

Zusammen 5386 Pf. 443 Pf.

Die gleichen rationierten Mengen, für die man jetzt 53,86 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 4,43 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochenumschnitt nur etwa 6500 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein zweijähriges Kind benötigt. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von

6 bis 10
Nährwert
Eine Frau
Kindes n
kaufen, e
wert vor
tänlich a
fische Mi
für eine
gleichen
1,70 Mk.
sachlich
billiger,
zur Verf
den Verw
sind 1,7

Ration
3900 C
250
250
125
Zuf
1500 C
250
250
2500
500
125

2000 C
250
125
500
250

Red
von St
Beloch
für We
(1,15 M
du ng,
Kleider
Wert),
fertiger
Stuerm
müssen.
somit f

Grü
Woh
Seitz
Welle
Corf

Ja
De
Ja
W

W
26 Mk
we. St
gerech
Mann
Ehepa

wochen
ste n
B. Zich
d. h. a
Wert
in str

6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11200—6500 = 4700 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als möglich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 23 Mk., für eine Frau auf 39 Mk., für einen Mann auf 54 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Januar 1914 für ein Kind 1,70 Mk., für eine Frau 2,65 Mk., für einen Mann 3,52 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für den Vermerkt werden hier trotzdem für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 Mk., Frau 2,80 Mk., Mann 3,50 Mk.)

	Preis Nov. 1921	Jan. 1914
Rationierte Nahrungsmittel	1347 Pf.	111 Pf.
3000 Gramm Kartoffeln	399 "	16 "
250 " Gruppen	145 "	10 "
250 " Hafersoden	220 "	13 "
125 " Margarine	325 "	20 "
Zusammen für ein 6—10jähr. Kind	2346 Pf.	170 Pf.
1500 Gramm Kartoffeln	155 Pf.	8 Pf.
250 " Roggenmehl	280 "	7 "
250 " Hafersoden	220 "	13 "
250 " Gemüse	350 "	25 "
500 " Speisebohnen	285 "	22 "
125 " Margarine	325 "	20 "
Zusammen für eine Frau	3941 Pf.	265 Pf.
2000 Gramm Gemüse	280 Pf.	20 Pf.
250 " Erbsen	175 "	10 "
125 " Margarine	325 "	20 "
500 " Reis	500 "	22 "
250 " Marmelade	225 "	15 "
Zusammen für einen Mann	5446 Pf.	352 Pf.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Heizung 15,20 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 7,50 Mk. (0,75 Mk.). Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern, Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 Mk. (2,50 Mk.), Frau 29 Mk. (1,65 Mk.), Kind 10 Mk. (0,85 Mk.). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgebt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von $\frac{1}{2}$ (1913/14: $\frac{1}{4}$) machen müssen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	54,— Mk.	94,— Mk.	141,— Mk.
Wohnung	9,— "	9,— "	9,— "
Heizung, Beleuchtung	23,— "	23,— "	23,— "
Bekleidung	30,— "	50,— "	70,— "
Sonstiges	39,— "	58,— "	80,— "

Januar 1921	155,— Mk.	234,— Mk.	323,— Mk.
Dezember 1920	158,— "	238,— "	330,— "
Januar 1920	114,— "	167,— "	220,— "
August 13. Juli 14.	16,75 "	22,30 "	28,80 "

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Januar 1921 für einen alleinstehenden Mann 26 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 39 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 54 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8100 Mk., für das kinderlose Ehepaar 12200 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16850 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Januar 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mk. auf 155 Mk., d. h. auf das 9,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mk. auf 234 Mk., d. h. auf das 10,5fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mk. auf 323 Mk., d. h. auf das 11,2fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt annähernd 10 Pf. wert.

Dr. R. Kuczynski.

Die Bankrotwirtschaft der Reichsversicherung.

In Nr. 56 der „Freiheit“ schreibt Paul Lange u. a.:

„Die von den kaiserlichen Katalan so oft gerühmte Thronrede Wilhelm I. vom 15. Februar 1881 bezeichnete die damals erst geplanten Versicherungsgeetze für franke, alt und invalid gewordene oder im Verufe verunglückte Arbeiter und Angestellte mit fühner Offenherzigkeit als „eine Vervollständigung der Gesetzgebung zum Schutze gegen sozialdemokratische Bestrebungen“. Das Sozialistengesetz, das durch Gefängnisstrafen und Stadtverweisung die aufstrebende Arbeiterbewegung niederhielt, sollte auf diese Weise ergänzt, d. h. die Peitsche durch ein angebliches Zuckerbrot „vervollständigt“ werden. Die Begründung zu dem Gesetzentwurf vom Jahre 1888 über die Alters- und Invalidenversicherung sagte ebenso klar, diese Versicherung habe „die Mittel aufzubringen, um in zahlreichen Fällen an Stelle der bisher zu gewährenden Armenunterstützung einen Rechtsanspruch auf ein bestimmtes Einkommen zu setzen“. Die Alters- und Invalidenversicherung war eine Neuordnung der Armenpflege, um den einzelnen Gemeinden eine „brückende Last“ abzunehmen — eine Last, die nunmehr die Versicherer selbst zu tragen hatten, indem sie die Beiträge an den Staat abführten, der sie ansammelte und verwaltete. Die Unfallversicherung schloß die Unternehmer zusammen, um die Lasten zu verteilen, wenn der einzelne Unternehmer von seinen Arbeitern für etwaige Unfallschäden haftbar gemacht wurde. Die Verwaltung dieser Unfallversicherung liegt lediglich in den Händen der Unternehmer. In der Krankenversicherung hatten die Arbeiter und Angestellten im Vergleich zu den anderen Versicherungszweigen größere Verwaltungsverichte; die Krankenversicherung hat sich daher auch am besten entwickelt.

Durch die Reichsversicherungsordnung von 1911 wurde die Unfallversicherung sowie die Alters- und Invalidenversicherung gezwungen, mindestens ein Viertel ihres Vermögens in Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten anzulegen. Die Unfallversicherung hat die Mittel für ihre Aufwendungen „durch Beiträge aufzubringen, die den Bedarf des abgelaufenen Geschäftsjahres decken“; sie sammelt also keine großen Kapitalien an.

Die Alters- und Invalidenversicherung — auf die wir uns im nachstehenden beschränken — war gezwungen, nach Art der privaten Versicherung, große Reserven anzuhäufeln. Sie betrug:

Jahr	Reinvermögen	Darunter Reichs- und Staatsanleihen (Rechnet)
1912	1 929 095 320 Mk.	290 347 775 Mk.
1915	2 105 491 550 "	871 146 803 "
1914	2 252 472 190 "	566 091 791 "
1915	2 354 539 058 "	823 493 296 "
1916	2 424 341 944 "	1 093 394 402 "
1917	2 519 525 482 "	1 355 096 276 "
1918	2 450 775 681 "	1 534 806 558 "

In den Zahlen von 1912 bis 1917 ist Elfaß Vorbringen eingegriffen, 1918 nicht mehr. Wie man sieht, ist das Reinvermögen seit 1912 von 1 929 095 320 Mk. bis 1918 auf 2 450 775 681 Mk., also um 521 680 911 Mk. gestiegen; der Bestand an Staatsanleihen hat in der gleichen Zeit aber von 299 347 775 Mk. auf 1 534 806 558 Mk., also um 1 235 548 781 Mk. zugenommen. Mit anderen Worten, die Träger der Alters- und Invalidenversicherung haben mehr Kriegsanleihen gezeichnet, als sie verfügbare Gelder hatten! Sie haben lediglich zu dem Zwecke, Kriegsanleihen zu zeichnen, ungeheure Schulden aufgenommen. — Lange belegt diese Behauptung mit Zitaten aus den Nummern 1 der „Ämlichen Nachrichten“, Jahrgänge 32—36. Dann schreibt er weiter: „Die Landesversicherungsanstalt Berlin wies Ende 1918 bei einem Reinvermögen von 119 660 131 Mk. einen Bestand von 157 977 456 Mk. Wertpapieren und verliehenen Geldern auf, darunter 101 171 550 Mk. Staats- (Kriegs-)anleihen. Sie mußte infolgedessen einen Bump von 37 800 868 Mk. aufnehmen. Die baren Gelder sind nach Ausbruch des Krieges auf Anweisung der kaiserlichen Regierung millionenweise aus den Kassen der Alters- und Invalidenversicherung entnommen und der Kriegführung zugewiesen worden. Der Krieg selbst aber schaffte viele Vermundete, die in ihrer zivilen Erwerbssfähigkeit beschränkt sind und nun die Invalidenversicherung in Anspruch nahmen. Was nun tun, da das Vermögen dieser Versicherung verwirrwirrt war? Es ist verwirrwirrt worden, denn die Staatsanleihen sind gewaltig im Kurse gefallen. Und wollte die Alters- und Invalidenversicherung ihre im Kurse gefallenen Staatsanleihen verkaufen, so würde dies erst recht neue Kursstürze herbeiführen.“

Die kaiserliche und später auch die republikanische Regierung erhöhten einfach die laufenden Beiträge, statt die um ihr Vermögen

gebrachte Invalidenversicherung zu entschädigen. Die erhöhten Beiträge betragen wöchentlich:

Beitragsklasse	von Anfang 1917 bis Ende Juli 1920		vom 1. August 1920 bis 20. Dezember 1920.	
	bis Ende 1916	18 Pf.	91 Pf.	100 "
1	16 Pf.	18 Pf.	91 Pf.	100 "
2	24 "	26 "	110 "	110 "
3	32 "	34 "	110 "	110 "
4	40 "	42 "	120 "	120 "
5	48 "	50 "	140 "	140 "

Die volle Wirkung der von 1914 bis 1918 betriebenen Bankrottwirtschaft zeigte sich erst in den Jahren 1919 und namentlich 1920. Zu Ende des Jahres 1920 war die Alters- und Invalidenversicherung vollständig zahlungsunfähig. Regierung und Reichstag einigten sich am 18. Dezember 1920 dahin, ab 20. Dezember 1920 die wöchentlichen Beiträge wie folgt zu erhöhen: Beitragsklasse 1 = 180 Pf., Beitragsklasse 2 = 200 Pf., Beitragsklasse 3 = 220 Pf., Beitragsklasse 4 = 240 Pf., Beitragsklasse 5 = 280 Pf.

Um den Versicherten gegenüber zu verdeutlichen, was der Grund zu dieser geradezu ungeheuerlichen Beitragserhöhung ist, beschloß man gleichzeitig, den notleidenden Sozialrentnern Rentenzulagen zu gewähren.

Die durch Gesetz vom Jahre 1911 geschaffene Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (R.V.A.) hat genau so gewirkt. Sie vereinnahmte seit ihrem Bestehen bis Ende 1918 insgesamt 777 000 000 M. und sie hat (außer den sonstigen in ihrem Besitz befindlichen Staatspapieren) nicht weniger als 60 Millionen Mark Kriegsanleihe gezeichnet; ebenfalls weit mehr, als sie verfügbare Gelder hatte. Denn sie legt in ihrem Bericht für 1919: „Die Gelderzüge der ersten Monate des Berichtsjahres wurden fast ausschließlich zu Einzahlungen auf die gezeichnete Kriegsanleihe verwendet. Als dann im Mai (1919) diese Zahlungen beendet und damit die sämtlichen 60 Millionen Mark gezeichnete Kriegsanleihe aus den Mitteln der R.V.A. voll eingezahlt waren, nahm die Anstalt das bei Kriegsausbruch eingestellte Darlehensgeschäft wieder auf.“ Für die Jahre 1918 und 1919 hat die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte einen Kursverlust von 100 und schreibt 133 266 439 M. abgeschrieben. Wenn bei der R.V.A. die Wirkung der finanziellen Miswirtschaft nicht so katastrophal in die Erscheinung tritt, wie bei der Alters- und Invalidenversicherung, so nur deswegen nicht, weil die R.V.A. fast noch keine Renten zu zahlen braucht. In den nächsten Jahren werden aber die Rentenansprüche noch größer werden. Das Direktorium der R.V.A. arbeitet seit längerer Zeit darauf hin, auch für die Angestelltenversicherung höhere Beiträge einzuführen. Dieser Schlag muß abgelehnt werden; nicht höhere Beiträge tun not, sondern eine gewissenhafte Verwaltung muß her!

Wir möchten dem hinzufügen, daß die gesamte Reichsversicherung an Haupt und Gliedern reformiert werden muß. Insbesondere muß sie vereinheitlicht werden, wobei in erster Linie eine Verschmelzung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung zu erfolgen hätte.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Politisches.

Stellungnahme des Reichstags zu den Ententesorderungen. Am 1. Februar berichtete Reichsminister des Innern Dr. Cuno im Reichstage über die neuen Forderungen, die die Entente an Deutschland richtet. Aus seiner Rede geben wir folgendes wieder:

In Bezug auf die Selbstschutzorganisationen und der Einwohnerwehren hat die Entente eine neue längere Frist zugewilligt. Ta haben wir nicht nur mit den technischen Reformen, sondern auch mit den zuständigen Landesregierungen Fühlung zu nehmen. Die Fühlungnahme und die Prüfung ist eingeleitet worden und wird durchgeführt werden in dem Geiste der lokalen Anerkennung unserer Verpflichtungen, die wir mit dem Friedensvertrage übernommen haben. Die Reparationsfrage ist nach dem doppelten System gelöst. Einmal sollen die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage durch fixe Zahlungen bis 1923 ansteigend von 2 Milliarden bis 6 Milliarden Goldmark geleistet werden. In der Gesamtheit sollen wir also 42 Jahre hindurch im ganzen 226 Milliarden Goldmark, also über 3000 Milliarden in Papiergeld leisten. Ferner soll 42 Jahre lang Deutschland 12 Proz. des Wertes der deutschen Ausfuhr an die Alliierten zur Verfügung stellen. Offenbar hat eine Schätzung ergeben, daß man auf diese Weise ein bis zwei Milliarden Goldmark aus der deutschen Wirtschaft noch herauswickeln könne. Diese Berechnung ist angefertigt worden, charakteristischerweise in der Form einer Handelsbilanz, wie sie Deutschland auch in der blühendsten Zeit vor dem Kriege nicht erzielte. Die Fälligkeit dieser Rate tritt ein nach Ablauf eines Halbjahrs, und zwar für die fixe Rate sofort nach Ablauf eines Halbjahrs und für die variable innerhalb zweier Monate. Die Zahlung der fixen Rate erfolgt in Bonds auf

den Inhaber, die nach den Vorschlägen der Entente von deutscher Seite für den ganzen Zeitraum von 42 Jahren nach der Fälligkeit in einzelnen Raten gegeben werden sollen. Die Zahlung der variablen Rate erfolgt in Gold. Für diese verschiedenen Verpflichtungen ist auch an Sicherungen gedacht, und zwar für die variable Rate an einen Eingriff in die Freiheit der deutschen Zollverwaltung. Es soll eine Zollverwaltung für die Ein- und Ausfuhrzölle zur Durchführung der Verpflichtungen eingesetzt werden. Die Überwachung soll einem Generalbevollmächtigten übertragen werden, den die deutsche Regierung unter Zustimmung der Reparationskommission ernannt. Bei einer Zustimmung Deutschlands hat die Reparationskommission die Befugnis, die deutsche Zollverwaltung in eigener Hand zu nehmen, und unter Umständen kann Deutschland mit besonderen Strafmaßnahmen bedacht werden, wenn es sich nach Ansicht unserer Gegner um schwere Verstöße handelt. Für die variablen Raten ist eine strenge Ausfuhrkontrolle geplant, die den Alliierten einen tiefen Einblick in das ganze deutsche Wirtschaftsleben geben soll. Trotz aller dieser Sicherheiten ist doch der Reich der Verpflichtungen Deutschlands noch nicht geleert. Es soll außerdem verpflichtet sein, die Requisitionen zu bezahlen, nach Artikel 238 des Vertrages alles das, was Deutschland aus den besetzten Gebieten weggenommen habe, dessen Wert sich auf viele Hunderte von Millionen beläuft. Dazu kommen die Reparationskosten. Auch diese sind nicht einbezahlt; sie betragen jährlich etwa 15 Milliarden Papiermark. Auch darüber, wenn die in dieser Richtung getroffenen Abkommen der Alliierten in Kraft treten, werden sie immerhin noch 240 Millionen Goldmark, also etwa eine Viertelmilliarde Goldmark betragen. Einzu kommen die uns ebenfalls obliegenden Kosten für die zahlreichen Kommissionen, die in Deutschland jetzt noch ihre Tätigkeit ausüben und zu denen dann noch die Kommissionen für den Außenhandel kommen. Endlich hätten wir noch zu entrichten die Saldi aus dem Ausgleichsverfahren, die bekanntlich höchst ungünstig für uns gestaltet sind. Unklar ist die Berechnung der vielen Werte, die wir an die Alliierten bereits hingegeben haben. Dazu ist gar keine Rede. Und wenn wir alle Bonds für die 22 Milliarden Goldmark gleich auf den Tisch des Hauses legen, wo bleibt dann die Ausrüstung der 20 Milliarden Goldmark, die wir bereits geleistet haben? Außerdem ist nichts in dem Programm enthalten von den vielen Sachwerten, die wir nach dem Friedensvertrage zu leisten haben. Auch ist nichts gesagt über die Frage, ob wir nun die Bonds über die neue festgelegte Schuld, die wir bereits hingegeben haben, und die Staatsschulden auf die Art der zurückzuführen, die wir seit Inkrafttreten des Friedensvertrages in die Hände der Entente gegeben haben.

Außerdem von diesen Unklarheiten enthält das neue Programm ungewissheit. Wiederprüche gegenüber dem Friedensvertrage. Der Friedensvertrag gibt uns das Recht, bis zum 1. Mai 1921 eine feste Gesamtsumme unserer Kriegsschuld zu erfüllen. Nun wird uns aber eine variable Summe angedeutet, denn eine feste Summe zunächst einer variablen ist in ihrem Gesamtwert eine variable Summe. Das kann die deutsche Wirtschaft auf die Dauer nicht vertragen, daß sie aus der Unsicherheit niemals herauskomme. Der Friedensvertrag bestimmt, daß wir durch ein knappes Meidenalter von 30 Jahren an diese Kriegsschuld gebunden sein sollen. Jetzt wird uns eine Bindung auf 42 Jahre zugemutet, also überdauern auf unsere Kinder und Enkel. Es war uns zugesagt worden, wenn wir die 20 Milliarden geleistet und die Schuld vermindert über 40 Milliarden ausgeschütt hätten, solle nachgeprüft werden, ob wir überhaupt imstande seien, die Zinsen zu leisten und die frühere Schuld zu amortisieren, um neue Verpflichtungen zu übernehmen. Davon ist keine Rede. Jetzt sollen wir Bonds über die ganzen 42 Jahre sofort in die Hände unserer Gegner legen. Als Ausgangspunkt allerdings sollte einmal festgestellt werden, wie hoch der ganze Schaden ist, den wir wieder gut zu machen haben. Offenbar ist die Reparationskommission außerordentlich weit zurück mit ihren Forderungen. Auch die Methode, das Schätzungsverfahren, das angewendet wird, ist in Frankreich selbst starken Angriffen ausgesetzt. Nichts wird darauf hin gewiesen, daß das Geld, das Frankreich zu Reparationszwecken bekommen hat, verschwendet wird, ohne daß auch nur eine Mauer aufgebaut worden sei. Es ist nicht vorgesehen, daß unser ganzes Volkweisen als Zwangsband dienen soll und daß die Einsetzung eines Generalbevollmächtigten für diese Spezialverwaltung vorgenommen werden soll. Auch ist keine Rede von einer Außenhandelskontrolle. Die Reparationskommission hat durch den Mund Clemenceaus unabweislich erklärt, daß es nicht die Absicht der Regierungen sei, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu beeinflussen, in die Freiheit unserer wirtschaftlichen Verwaltung einzugreifen. Daran möchte ich doch erinnern, wenn uns hier ein solcher Plan vorgelegt wird, der mit den Bedingungen des Friedensvertrages im Widerspruch steht. Die fixe Summe von 226 Milliarden Goldmark ist in Papiermark umgerechnet, mehr, als das ganze deutsche Volkswirtschaften beträgt. Es wäre ein Widerspruch, das deutsche Volk mit solchen finanziellen Leistungen zu belasten in dem Ausmaß, wo wir den Gegnern nachgewiesen zu haben glauben, wie schlecht es um unsere Finanzen steht. Dann aber kommt diese Anrechnung von 226 Milliarden in Raten auf 42 Jahre auf eine vollständige wirtschaftliche Verfallung des deutschen Volkes hinaus, namentlich der arbeitenden Bevölkerung, aus deren Schweiß doch alle Werte herausgeholt werden sollen, die hier gefordert werden. Man hat das offenbar eingegeben, denn man gibt uns hier ein Mittel an die Hand, uns von diesen schweren Lasten früher zu befreien. Es besteht eine Zustimmung in der Ententesnote, wonach Deutschland einen Rabatt bekommt, wenn es früher, als vorgesehen, seinen Verpflichtungen nachkommt, und

nennenswerten Einfluß erst in den größeren Städten bzw. Industriegebieten. Durch die dauernden Hinweise in der Gewerkschaftspresse ist es uns in letzter Zeit jedoch gelungen, an vielen kleinen Blättern Eingang zu finden, und manche unserer Mitarbeiter ließen es sich ebenfalls angelegen sein, unsere Bestrebungen nach dieser Richtung hin zu unterstützen, indem sie ihre Freunde und Verwandten in den abgelegenen Gebieten für die Volksfürsorge interessierten und sie veranlaßten, sich als Vertrauenspersonen in ihren Dienst zu stellen. Wenn das in Zukunft in noch höherem Maße geschieht, darf erwartet werden, daß auch in den übrigen Teilen Deutschlands, z. B. in Ost- und Westpreußen, in weiten Teilen der Rheinprovinz und Westfalen und auch in Bayern, wo bisher nur einige wenige Stützpunkte vorhanden sind, es mit unserer guten Sache bald flott vorwärts geht. Wie es in den einzelnen Landesteilen aussieht, ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Landesteil	Einwohnerzahl	Abgeschlossene Verträge	Prozent der Bevölkerung
Inhalt	331 128	8 019	2,42
Freistaat Sachsen	4 806 661	98 158	2,04
Provinz Sachsen	3 089 275	64 177	2,08
Schleswig-Holstein mit Hamburg und Lübeck	2 752 267	50 556	1,84
Provinz Rheinland und Westfalen	1 248 236	142 053	1,26
Sachsen	5 225 982	60 218	1,15
Freistaat Mecklenburg	747 400	7 911	1,08
Provinz Brandenburg mit Berlin	6 163 873	61 427	1
Freistaat Thüringen	2 437 574	21 661	0,89
Bayern	8 887 291	43 151	0,48
Baden	2 142 833	6 549	0,31

Das Gesamtbild, das der Jahresabschluss der „Vollstreckung“ gibt, ist erfreulich. Alle Freunde dieser Einrichtung müssen aber dafür eintreten, daß das Jahr 1921 noch besser als sein Vorgänger abschließt. Der Versicherungskapitalismus in Gestalt der „Victoria“, „Friedrich Wilhelm“, „Wilhelma“ und anderer Gesellschaften stehen noch immer fast konkurrenzlos da. Kein Arbeiter darf bei diesen privaten Unternehmen Versicherungen abschließen!

Wenn ihr Glauben und Vertrauen in eure gerechte Sache habt, so habt ihr sie schon halb gewonnen; denn mit eurem Glauben könnt ihr Berge versetzen. Selig sind die, die nicht sehen und doch glauben. Doch nicht der blinde Glaube führt zum Ziel, sondern der aus der Ueberzeugung entstandene.

Wilhelm Weiting.

Alexisbad, ein kommunales Erholungsheim für städtische Arbeiter und Angestellte.

Nach jahrelangen Vorbereitungen und Beratungen wurde am 1. Februar d. J. das von der Stadt Berlin erwerbene, im Südharz gelegene Stahlbad Alexisbad, als erstes Erholungsheim für die städtischen Arbeiter, Angestellten, Beamte und Lehrer eröffnet. Es ist mit Eröffnung dieses ersten Heimes ein längst gehegter Wunsch der Arbeitnehmer des Magistrats in Erfüllung gegangen. Während Privatunternehmer, wie wir erinnern nur an Krupp, schon seit Jahrzehnten in größerem Umfang und mit größeren Mitteln Erholungsheime für ihre Arbeiter und Angestellte geschaffen haben, hat die Kommune bisher auf diesem Gebiete so gut wie gar nichts geleistet. Die Stadt Berlin beschäftigt zurzeit nicht weniger als 110 000 Arbeitnehmer. Der sozialistischen Magistrats- und Stadtordegnahmezeitung blieb es vorbehalten, den Anfang in der Errichtung von Erholungsheimen zu machen.

Alexisbad, zu Anfang des vorigen Jahrhunderts gegründet, liegt im schönen Sektetal in der Nähe der alten Stadt Harzgerode.

Nach den Vorarbeiten des Arbeitsausschusses für Erholungsheime, an denen sich auch unsere Organisation beteiligte, hat die Stadt Berlin das Bad für ca. 1 1/2 Millionen Mark erworben. Die Räume sind vollständig renoviert und für Aufnahme von circa 250 Gästen geeignet. Es wird beabsichtigt, das Heim Sommer und Winter offen zu halten.

Zu der Eröffnungsfeier am 1. Februar 1921 waren außer dem Bürgermeister Ritter und Stadtrat Boehlich, Berlin, Vertreter der anhaltischen Staatsregierung, der Gemeindeverwaltungen Harzgerode und Ballenstedt und der Organisationen der Arbeitnehmer erschienen. Die Feier wurde eröffnet durch Vorträge, Anreden und Mädchenchöre der Harzgeroder Schulen. Bemerkenswert ist die Begrüßungsrede des Bürgermeisters Ritter, der der sozialen Schwächen der Zeit gedachte, die Eröffnung des ersten Erholungsheimes als einen Anfang bezeichnete und damit weiterhin

Staatsarbeiter

Ubergangsgebühren für Abwicklungspersonal. Des „Amtsblatts für die Reichschatzverwaltung“ bringt in Nr. 10 folgende Bekanntmachung: „Der Herr Reichsminister der Finanzen hat sich damit einverstanden erklärt, daß den bis zum 31. März 1921 zur Entlassung kommenden Angestellten und Arbeitern der übernommenen Abwicklungsstellen, die treu und fleißig ihren Dienst versehen, für Rechnung des Abwicklungsfonds Ubergangsgebühren gewährt werden. Für die Zahlung gelten folgende Bestimmungen:

1. Die Höhe der Ubergangsgebühr beträgt ohne Rücksicht auf die künftigen Einnahmen ein Monatsentgelt.
2. Die auf Grund des Kapitalanwartschafts- und Altersrentengesetzes usw. fälligen Beträge für den auf den Abgangstag folgenden Monat sind auf die Ubergangsgebühren anzurechnen.
3. Ausscheidende, die im Monat nach der Entlassung bei einer anderen Reichsbehörde oder in einem Betriebe des Reichs nicht nur vorübergehend Verwendung finden, erhalten die Ubergangsgebühren für die Tage, für die sie Lohn aus der neuen Stellung beziehen, nur in Höhe des die neuen Vorgesetzten übersteigenden Betrages. Die für diese Zeit im voraus bezahlten Ubergangsgebühren gelten als Vorzahlung, der spätestens nach Empfang des neuen Lohnes zurückzuzahlen ist. Die Durchführung und Kontrolle der Rückzahlungen liegt den neuen Dienststellen ob.
4. Die Ubergangsgebühren sind am Tage der Entlassung auszus zahlen.
5. Personal, das aus dienstlichen Gründen den ihm tarifmäßig zustehenden Urlaub für 1920 nicht erhalten hat, ist dieser Urlaub im Ansatze an den Abgangstag zu bewilligen.

Der an sämtliche Landesfinanzämter — Abteilung Reichschatzverwaltung — ergangene Erlaß vom 23. Dezember 1920 — l. 3 19 743 —, wonach bei der Entlassung von Angestellten etwaige Ubergangsgebühren in die Abfindung bis zum 31. März 1920 fallen sollen, wird dahin ergänzt, daß auch den bis zu diesem Zeitpunkt im Dienste verbleibenden Kräften Ubergangsgebühren nach Abschluß der vorliegenden Bestimmungen gezahlt werden können. Zur Vermeidung von Zweifeln wird bemerkt, daß dem auscheidenden Abwicklungspersonal andere als nach diesem Erlaß zu gehende Ubergangsgebühren nicht zustehen. Personen mit mindestens zwölfjähriger Dienstzeit können jedoch an Stelle dieser Gebühre eine ihnen nach dem Erlaß vom 23. März 1920 — l. p. 2 30 15 — B. A. B. Nr. 194 a S. 170) zustehende Abfindung erhalten. Wegen der Zahlung von Ubergangsgebühren an die seit dem 1. Oktober 1920 entlassenen, nicht zum Personal der übernommenen Abwicklungsstellen gehörigen Arbeitskräfte behalte ich mir Entscheidung vor (vgl. B. A. B. Nr. 1029 S. 783).

Die vorerwähnten Anträge finden hierdurch ihre Erledigung.“
Verwaltungs- und Reichsbeamter. Nach langwierigen Verhandlungen, die sich besonders für die Kolleginnen schwierig ge-

andeutet, daß die Stadt Berlin bereit wäre, auch weiterhin dem Gedanken der Erholungsheime ihre Unterstützung angedeihen zu lassen.

Die Vertreter der Gemeindeverwaltungen sahen zu, des Heim zu fördern. Sie hoffen auf ein gutes Einvernehmen der Berliner mit der einheimischen Bevölkerung.

Als Vertreter der Arbeitnehmerorganisation brachte Kollege Polenske die Gefühle, Gedanken und Wünsche der städtischen Arbeiter bei Errichtung des ersten Heimes zum Ausdruck. Für die Arbeitnehmer der Stadtgemeinde Berlin bedeutet die Erfüllung längst gehegter Wünsche. Alexisbad mit seinen vielen landwirtschaftlichen Reizen, seiner Weltabgeschlossenheit und Ruhe sei so recht zur Erholung für den Großstadtarbeiter geeignet. Einen Tropfen Barmuth in den Becher der Freude bringen aber leider die Tatsachen, daß von den vielen hunderttausenden Erholungsbedürftiger nur einem Bruchteil Erholung gewährt werden kann, und zwar sowohl aus räumlichen wie aus pekuniären Gründen, denn wenn auch der Preis eines Aufenthalts in Alexisbad bemessen ist, so wird doch ein großer Teil der städtischen Arbeiter kaum die Mittel besitzen, um Alexisbad zu besuchen. Erfreulich sei in den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Ritter die Erklärung, daß weitere Mittel für Erholungszwecke bereitgestellt würden.

Wohlthuend berührte die frohe Anteilnahme der Harzgeroder Bevölkerung bei der Eröffnung Harzgerode, ein Städtchen von ca. 4500 Einwohnern, idyllisch gelegen, ein kleines Juwel einer altdeutschen Kleinstadt, ist industriell stark entwickelt; besonders zu nennen ist das große Eisenwerk Weyer u. Co. A. G. Die gewerkschaftliche und politische Organisation im Orte ist gut. Unsere Filiale Harzgerode zählt 30 Mitglieder, die in erster Linie im Gaswerk und der städtischen Sägmühle beschäftigt sind. Die Gemeindeverwaltung besteht aus elf Sozialisten und vier Bürgerlichen.

Eine besondere Ueberraschung war abends die Begrüßung durch das Gewerkschaftschor. In der zehnten Stunde erglühn die Höhen in bengalischem Feuer. Der Uthmannsche Chor: „Empor zum Licht“, gesungen vom Arbeitergesangsverein Harzgerode, erklang in wunderbarer Reinheit von der Höhe in das Tal hinab. Unter

haben, sind die bewilligten Teuerungszulagen für die Reichs-
arbeiter zum Abschluß gelangt. Es erhalten nunmehr alle Lohn-
arbeiter, soweit sie den Lohnstarifen für die Betriebsarbeiter vom
1. Oktober und der Verwaltungsbetriebe vom 23. Dezember 1920
entsprechen, rückwirkend vom 1. Januar 1921 folgende Teue-
rungszulagen.

Kategorie	Männliche		Weibliche	
	pro Stunde	Monat	pro Stunde	Monat
A	0,60	24,60	0,40	16,20
B	0,50	21,—	0,35	14,—
C	0,40	16,20	0,25	10,—
D	0,30	12,60	0,15	6,—
E	0,20	8,—	0,10	4,—

Jugendliche die gleichen Sätze.

Wir sind von diesem Ergebnis keineswegs befriedigt, die Ver-
träge der Regierung jedoch waren durch ihre Abmachungen mit den
Arbeitnehmern gebunden. Besonders die Zulagen der weiblichen Ar-
beiter sind ein Unrecht den Jugendlichen gegenüber. Die Ver-
träge unserer Organisation haben mit allem Nachdruck verurteilt,
diese Sätze herauszubohlen. Es wurde noch in letzter Stunde ein
weiterer Beschluß des Haushaltungsausschusses des Reichstages
angeführt. Dieser Scheiterte auch der an dem Widerstand der Re-
gierung. Die Verhandlungen hätten ein besseres Resultat gezeitigt,
wenn die Eisenbahner mit uns gemeinsam verhandelt hätten. Daß
sich diesmal nicht ermöglichen ließ, ist hauptsächlich aus die statt-
liche Zahl von Verbänden zurückzuführen, die noch in den Staats-
betrieben dominieren. Hier Wandel zu schaffen, ist dringendes Gebot
der Stunde im Interesse der gesamten Reichs- und Staatsarbeiter.
Die Manteltarife vom 7. November 1919 für die Betriebsarbeiter
und vom 4. März 1920 für die Verwaltungsarbeiter sind nicht zu ver-
gessen. Soweit noch Anträge in den einzelnen Filialen hierzu
liegen, wird ersucht, diese schleunigst an den Verbandsvorstand
zu senden.

Aus unserer Bewegung

Berlin. Am Freitag, den 4. Februar 1921, fand im „Gewerk-
schaftshaus“ die erste ordentliche Generalversammlung der Filiale
Berlin für 1921 statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäfts- und
Kassenbericht über 1920; 2. Neuwahlen der Ortsverwaltung und ver-
schiedener Kommissionen; 3. Verbandsangelegenheiten. Der Bevoll-
mächtigte, Kollege Polenske, gab den Geschäftsbericht über 1920, in
dem er die Schwierigkeiten der jetzigen Wirtschaftslage kurz streifte.
Die sich dauernd verschärfende Teuerung machte es notwendig, zur
Verbesserung der Lebenshaltung mehrere Lohnbewegungen einzu-
leiten, von denen einige durch Arbeitseinstellung zum Austrag
kamen. Trotz der immerhin guten Erfolge unserer Lohnbewegungen
müssen die jetzigen Löhne als ungenügend bezeichnet werden. Die
jetzt eingeleitete Lohnbewegung hat sich durch die ungunstige Ent-
wicklung in der kommunalen Verwaltung Berlins sehr verzögert.
Wir sind aber gewiß, dieselbe in den nächsten Tagen einer Lösung
entgegenzuführen. Polenske besprach dann die im Berichtsjahr ge-
führten Streiks, für die zirka 450 000 bis 1/2 Million Mark aufge-
wendet wurden. Der Mitgliederbestand hat sich unter anderem durch
das Hinzukommen einiger Filialen aus dem Gau Brandenburg um
8034 Mitglieder vermehrt, so daß die Filiale jetzt einen Mitglieder-
bestand von 54 180 aufzuweisen hat. Er kommt dann auf die Mit-
wirkung der Gemeindegewerkschaft zur Niederrückung des Kapp-Putsches
zu sprechen und schließt mit dem Wunsch, daß es uns auch im neuen
Jahr gelingen werde, die Einheitsfront der Gemeindegewerkschaft zu er-
halten. Kollege Hoffmann als Kassierer gab hierauf den Kassenbericht
vom vierten Quartal 1920, den er als befriedigend bezeichnete. Die
diesmal in Erscheinung tretenden größeren Ausgaben sind zum Teil
auf die notwendigen Vergrößerungen unserer Büroräume zurück-
zuführen. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse balan-
zierte mit 1 330 816,50 Mk., während die Filialkassen eine Einnahme
inkl. Bestand von 1 453 821,01 Mk. hat, der Ausgaben in Höhe von
626 491,38 Mk. gegenübersteht, so daß ein Kassenbestand von
827 329,63 Mk. vorhanden ist.

In eine Debatte über den gehörten Geschäfts- und Kassenbericht
wurde nicht einzutreten. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revi-
soren Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Neuwah-
len der Ortsverwaltung, a) der Beauftragten, b) der Unbesoldeten, wurde
der Vorschlag der Orts- und Erweiterten Verwaltung zur Kenntnis
gegeben, bei der jede politische Richtung berücksichtigt war. In der
sich entwickelnden Debatte wurden gegen die Geschäftsleitung und
besonders gegen die Bevollmächtigten heftige Anträge erhoben, durch
die die Versammlung zeitweise bis zur Verhinderung unzufähigkeit er-
regt wurde. Der Vize der Orts- und Erweiterten Verwaltung wurde
eine neue gegenübergestellt, auf der nur Mitglieder der kommu-

ne vollkommene Gesellschaft kennt keine Regierung, sondern
nur Verwaltung, keine Befehle, sondern Pflichten, keine Strafen,
sondern Heilmittel. Hier gibt es weder Ehrenbezeugungen noch
Merkwürdigkeitsformeln, weder äußere Anzeichen des Ruhmes
noch der Verachtung; hier ist nichts zu befehlen und zu gehorchen,
nichts zu regeln, anzuerkennen und zu vollenden. Da gibt's weder
Lob noch Strafen, sondern nur noch einen Rest menschlicher
Güte und Schwächen, welche die Natur uns in den Weg
setzt, um durch die Beseitigung derselben unsere physische und
geistige Freiheit anzufeuern, damit sie auf diese Weise ein Trieb-
mittel des Fortschritts werde. Wilhelm Weitling.

Die Klagen des Sozialistenmarsches bewegte sich sodann ein Fackel-
zug von den Höhen zum Tal.

Ein Vertreter des Gewerkschaftskartells begrüßte hierauf die
Anwärtinnen der Arbeiterinnen und sprach die herzlichsten Wünsche
für die Entwicklung des Heimes aus. Im Auftrag der Arbeiter-
partei Kollege Polenske. Er brachte den Dank der städtischen
Gewerkschaft Berlins für diesen festlichen Gruß zum Ausdruck und
wünschte keine Ausführungen mit einem brausenden Hoch auf die Soli-
darität aller Gewerkschaften wie der Handarbeiter.

Wäge die Waldenfamkeit von Alexsbad zahlreichen Kollegen
ihren Familienangehörigen Erholung und Kräftigung geben.

Proletariat.

Das wirtschaftliche Moment ist ein treibender Faktor in
der Entwicklung. So war es seit je in der Menschheitsgeschichte.
Daher bedeutet auch der wirtschaftliche Kampf einen gewaltigen
Schritt zu einer höheren Art des menschlichen Zusammenseins. Die
weltliche Entwicklung aber bedeutet zugleich eine kulturelle
Erhaltung, und damit ist das Proletariat in seinem wirtschaft-
lichen Kampfe um das wirtschaftlich Neue zugleich der Träger einer
geistigen Kultur.

Je mehr das Proletariat in diese Erkenntnis eindringt, je mehr
den tiefsten Wert seines Kampfes erfährt, je mehr es den wirt-
schaftlichen Kampf aufschließt als die Voraussetzung einer neuen sozialen
Ordnung, um so mehr trägt jeder einzelne Proletarier damit bei zu
der Durchgeistigung des Begriffes „Proletariat“. Das Proletariat
muss zu werden zum bewussten Schöpfer einer weltumfassenden
Kultur.

Es war stets so in der Weltgeschichte, daß die Massen das
von den Paria umwandeln, was die großen Hirne von einzelnen
Menschen schufen. Auch die Vervollständigungsgedanken von einzelnen Bewalt-
igten hatten nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn eine Masse bereit
war diese Ziele einzusehen bereit war. Solange die Masse schaute,
wenn ein Gedanke erfachte, so lange blieb der Gedanke Gedanke,
solange mußte er warten auf Verwirklichung. Und so blieben auch

die Lehren Jesu Lehren, weil eine Masse in all den Jahrhunderten
schaute, die die Lehren in die Praxis umzusetzen bestrebt war. Man
lehre und lehre, aber es schaute die Masse der Tat. Und wenn
Schiller die Freiheit besang und Goethe die Seele der Natur in
sich fühlte, so blieben diese Produkte der Denkerhirne nur theoretische
Werte, weil die Masse schaute, die diese Gedanken miterlebte und die
im Sinne dieser Gedanken praktisch eine neue Ordnung zu er-
kämpfen verstand.

Wenn der bürgerliche Spießer an eine Verbindung von Jesus,
Schiller, Goethe mit dem Proletariat denkt, dann lächelt er selbst-
bewußt. Solche Geister können ja nur in ihm eine Stätte haben.
Würden diese Spießer einmal in Volkerversammlungen mit geistig-
ethischem Thema die Seele des Proletariats fühlen, dann
würde doch so mancher staunen über dieses geniale Mit-
empfinden der genialen Ideen. Man mag die höchsten Ge-
danken bringen, die tiefsten, umfassendsten Ideen: im Proletariat
schlägt eine verwandte Seele. Und während der Spießer
nüchtern kritisiert die großen Geister seziert, erlebt das Herz
des Proletariats in solchen Weltstunden ein Auffauchzen
selbsterregter Gefühle. Die Zeit ist gekommen, in der das
Größte an geistigem Erleben von der Masse empfunden wird,
die Zeit, in der dieses Geistige durch den proletarischen Kampf für
eine neue Ordnung seine Befreiung, seine Verwirklichung
feiert. Die wirtschaftliche Umgestaltung ist nicht mehr Selbstzweck,
sie ist die Voraussetzung zur Entfaltung geistiger Kultur, wie sie von
unseren Größten prophetisch erkannt und geföhlt wurde.

Und damit wächst das geistige Proletariat immer mehr hinein in
das neue Proletariat. Der proletarische Gedanke wird durchreiflich.
Das Proletariat wird der praktische Schöpfer der Verwirklichung
all des Großen, das die Geister aller Zeiten dachten. Freiheit, Liebe, Al-
leinheit! Das Proletariat wird der bewusste Vollender all
dieses Erhabenen. Und nichts Herrlicheres gibt es, als durch
geistige Bildung, durch proletarische Aufklärung, durch feste Ver-
wirklichung zu werden zu einem vollen, ganzen Gliede dieses
neuen, dieses wahren Proletariats, des Proletariats in des Wortes
tiefster Bedeutung. Dr. Gustav Hoffmann.

nennenswerten Einfluß erst in den größeren Städten bzw. Industriegebieten. Durch die dauernden Hinweise in der Gewerkschaftspressen ist es uns in letzter Zeit jedoch gelungen, an vielen kleinen Plätzen Eingang zu finden, und manche unserer Mitarbeiter ließen es sich ebenfalls angelegen sein, unsere Bestrebungen nach dieser Richtung hin zu unterstützen, indem sie ihre Freunde und Verwandten in den abgelegenen Gebieten für die Volkspflege interessierten und sie veranlaßten, sich als Vertrauenspersonen in ihren Dienst zu stellen. Wenn das in Zukunft in noch höherem Maße geschieht, darf erwartet werden, daß auch in den übrigen Teilen Deutschlands, z. B. in Ost- und Westpreußen, in weiten Teilen der Rheinprovinz und Westfalen und auch in Bayern, wo bisher nur einige wenige Stützpunkte vorhanden sind, es mit unserer guten Sache bald strotz vorwärts geht. Wie es in den einzelnen Landesstellen aussieht, ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Sanbestell	Einwohnerzahl	Abgeschlossene Berufe	Prozent der Bevölkerung zur Einwohnerzahl
Inhalt	331 128	8 019	2,42
Freistaat Sachsen	4 806 661	98 153	2,04
Provinz Sachsen	3 089 275	64 177	2,08
Schleswig-Holstein mit Hamburg und Lübeck	2 752 267	50 556	1,84
Provinz Rheinland und Westfalen	1 248 236	142 053	1,26
Sachsen	5 225 962	60 218	1,15
Freistaat Mecklenburg	744 400	7 911	1,03
Provinz Brandenburg mit Berlin	6 163 873	61 427	1
Freistaat Württemberg	2 437 514	21 661	0,89
Bayern	6 887 291	43 151	0,62
Baden	2 142 833	6 549	0,31

Das Gesamtbild, das der Jahresabluß der „Volkspflege“ gibt, ist erfreulich. Alle Freunde dieser Einrichtung müssen aber dafür eintreten, daß das Jahr 1921 noch besser als sein Vorgänger abschließt. Der Versicherungskapitalismus in Gestalt der „Victoria“, „Friedrich Wilhelm“, „Wilhelma“ und anderer Gesellschaften stehen noch immer fast konkurrenzlos da. Kein Arbeiter darf bei diesen privaten Unternehmen Versicherungen abschließen!

Wenn ihr Glauben und Vertrauen in eure gerechte Sache habt, so habt ihr sie schon halb gewonnen: denn mit eurem Glauben könnt ihr Berge versetzen. Selig sind, die nicht sehen und doch glauben. Doch nicht der blinde Glaube führt zum Ziel, sondern der aus der Ueberzeugung entstandene.

Wilhelm Weitling.

Alexisbad, ein kommunales Erholungsheim für städtische Arbeiter und Angestellte.

Nach jahrelangen Vorbereitungen und Beratungen wurde am 1. Februar d. J. das von der Stadt Berlin erworbene, im Siedharz gelegene Alexisbad, als erstes Erholungsheim für die städtischen Arbeiter, Angestellten, Beamte und Lehrer eröffnet. Es ist mit Eröffnung dieses ersten Heimes ein längst gehegter Wunsch der Arbeitnehmer des Magistrats in Erfüllung gegangen. Während Privatunternehmer, wir erinnern nur an Krupp, schon seit Jahrzehnten in größerem Umfang und mit größeren Mitteln Erholungsheime für ihre Arbeiter und Angestellte geschaffen haben, hat die Kommune bisher auf diesem Gebiete so gut wie gar nichts geleistet. Die Stadt Berlin beschäftigt zurzeit nicht weniger als 119 000 Arbeitnehmer. Der sozialistischen Magistrats- und Stadtverordnetenmehrheit blieb es vorbehalten, den Anfang in der Errichtung von Erholungsheimen zu machen.

Alexisbad, zu Anfang des vorigen Jahrhunderts gegründet, liegt im schönen Siedharz in der Nähe der alten Stadt Harzgerode.

Nach den Vorarbeiten des Arbeitsausschusses für Erholungsheime, an denen sich auch unsere Organisation beteiligte, hat die Stadt Berlin das Bad für ca. 1 1/2 Millionen Mark erstanden. Die Räume sind vollständig renoviert und für Aufnahme von circa 250 Gästen geeignet. Es wird beabsichtigt, das Heim Sommer und Winter offen zu halten.

Zu der Eröffnungsfester am 1. Februar 1921 waren außer dem Bürgermeister Ritter und Stadtrat Roßbach, Berlin, Vertreter der anhaltischen Staatsregierung, der Gemeindeverwaltungen Harzgerode und Ballenstedt und der Organisationen der Arbeitnehmer erschienen. Die Fester wurde eröffnet durch Vorträge, Ansprachen und Mädchenchöre der Harzgeroder Schulen. Bemerkenswert ist die Begrüßungsrede des Bürgermeisters Ritter, der der sozialen Schäden der Zeit gedachte, die Eröffnung des ersten Erholungsheimes als einen Anfang bezeichnete und damit weiterhin

Staatsarbeiter

Uebergangsgebühren für Abwikelungspersonal. Der Amtsblatt für die Reichsfinanzverwaltung bringt in Nr. 10 folgende Bekanntmachung: „Der Herr Reichsminister der Finanzen hat sich damit einverstanden erklärt, daß den bis zum 31. März 1921 zur Entlassung kommenden Angestellten und Arbeitern der übernommenen Abwikelungsstellen, die treu und fleißig ihren Dienst versehen, für Rechnung des Abwikelungsfonds Uebergangsgebühren gewährt werden. Für die Zahlung gelten folgende Bestimmungen:

1. Die Höhe der Uebergangsgebühr beträgt ohne Rücksicht auf die Kündigungstermine ein Monatsentkommen.
2. Die auf Grund des Kapitalvermögensschadensgesetzes, Chuzierschadensgesetzes usw. fälligen Beträge für den auf den Abgangstag folgenden Monat sind aus der Uebergangsgebührenliste anzurechnen.
3. Ausgeschlossen, die im Monat nach der Entlassung bei einer anderen Reichsbehörde oder in einem Betriebe des Reichs nicht nur vorübergehend Verwendung finden, erhalten die Uebergangsgebühren für die Tage, für die sie Lohn aus der neuen Stellung beziehen, nur in Höhe des die neuen Lohnsätze übersteigenden Betrages. Die für diese Zeit im voraus bezahlten Uebergangsgebühren gelten als Vorkauf, der spätestens nach Empfang des neuen Lohnes zurückzuzahlen ist. Die Durchführung und Kontrolle der Rückzahlungen liegt den neuen Stellenstellen ob.
4. Die Uebergangsgebühren sind am Tage der Entlassung auszahlbar.
5. Personal, das aus dienstlichen Gründen den ihm tarifmäßig zuzehörenden Urlaub für 1920 nicht erhalten hat, ist dieser Urlaub im Aufsatze an den Abgangstag zu berechnen.

Der an sämtliche Landesfinanzämter — Abteilung Reichsfinanzverwaltung — ergangene Erlass vom 23. Dezember 1920 — l. 3 19 743 —, wonach bei der Entlassung von Angestellten etwaige Uebergangsgebühren in der Abfindung bis zum 31. März 1920 fallen sollen, wird dahin ergänzt, daß auch den bis zu diesem Zeitpunkt in Dienste verbleibenden Kräften Uebergangsgebühren nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen gezahlt werden können. Zur Vermeidung von Zweifeln wird bemerkt, daß dem ausscheidenden Abwikelungspersonal andere als nach diesem Erlass zu zahlende Uebergangsgebühren nicht zu suchen. Personen mit mindestens zwölfjähriger Dienstzeit können jedoch an Stelle dieser Gebühren eine ihnen nach dem Erlass vom 23. März 1920 — l. p. 2 305 — B. V. Nr. 194 a S. 170) zustehende Abfindung erhalten. Wegen der Zahlung von Uebergangsgebühren an die seit dem 1. Oktober 1920 entlassenen, nicht zum Personal der übernommenen Abwikelungsstellen gehörigen Arbeitskräfte behalte ich mir Entscheidung vor (vgl. B. V. Nr. 1029 S. 763).

Die vorerwähnten Anträge finden hierdurch ihre Erledigung. Verwaltungs- und Betriebsarbeiter. Nach langwierigen Verhandlungen, die sich besonders für die Kolleginnen schwierig ge-

andeutet, daß die Stadt Berlin bereit wäre, auch weiterhin dem Gedanken der Erholungsheime ihre Unterstützung angedeihen zu lassen. Die Vertreter der Gemeindeverwaltungen laßen zu, des Heims zu fördern. Sie hoffen auf ein gutes Einvernehmen der Berliner mit der einheimischen Bevölkerung.

Als Vertreter der Arbeitnehmerorganisation brachte Kollege Polenske die Gefühle, Gedanken und Wünsche der städtischen Arbeiter bei Errichtung des ersten Heimes zum Ausdruck. Für die Arbeitnehmer der Stadtgemeinde Berlin bedeutet die Eröffnung die Erfüllung längst gehegter Wünsche. Alexisbad mit seinen vielen landschaftlichen Reizen, seiner Weltabgeschlossenheit und Ruhe sei so recht zur Erholung für den Großstadtabwikelung geeignet. Einen Tropfen Barmuth in den Becher der Freude bringen aber leider die Tatsachen, daß von den vielen Jahrtausenden Erholungsbedürftiger nur einem Bruchteil Erholung gewährt werden kann, und zwar sowohl aus räumlichen wie aus pekuniären Gründen, denn wenn auch der Preis für ein Tag in Alexisbad bemessen ist, so wird doch ein großer Teil der städtischen Arbeiter kaum die Mittel besitzen, um Alexisbad zu besuchen. Erfreulich sei in den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Ritter die Erklärung, daß weitere Mittel für Erholungszwecke bereitgestellt würden.

Wohlthuend berührte die frohe Anteilnahme der Harzgeroder Bevölkerung bei der Eröffnung. Harzgerode, ein Städtchen von ca. 4500 Einwohnern, idyllisch gelegen, ein kleines Juwel einer altsächsischen Kleinstadt, ist industriell stark entwickelt; besonders zu nennen ist das große Eisenwerk Weyer u. Co. A.-G. Die gewerkschaftliche und politische Organisation im Orte ist gut. Unsere Filiale Harzgerode zählt 30 Mitglieder, die in erster Linie im Gaswerk und der städtischen Schneidemühle beschäftigt sind. Die Gemeindevertretung besteht aus elf Sozialisten und vier Bürgerlichen.

Eine besondere Ueberraschung war abends die Begrüßung durch das Gewerkschaftskomitee. In der zehnten Stunde erläuterten die Höfen in bengalischem Feuer. Der Uthmannsche Chor: „Empor zum Licht“, gesungen vom Arbeiterlangenerin Harzgerode, erklang in wunderbarer Reinheit von der Höhe in das Tal hinab. Unter

... sind die bewilligten Teuerungszulagen für die Reichs-... zum Abschluß gelangt. Es erhalten nunmehr alle Lohn-... soweit sie den Lohnstarifen für die Betriebsarbeiter vom... und der Verwaltungsarbeiter vom 23. Dezember 1920... rückwirkend vom 1. Januar 1921 folgende Teue-... zuzulagen.

Kategorie	Männliche		Weibliche	
	pro Stunde	Monat	pro Stunde	Monat
A	0,60	24,00	0,40	19,20
B	0,50	21,00	0,35	16,80
C	0,40	19,20	0,25	12,00
D	0,30	14,40	0,15	7,20
E	0,20	9,60	0,10	4,80

Jugendliche die gleichen Sätze.
Wir sind von diesem Ergebnis keineswegs befriedigt, die Ver-... der Regierung jedoch waren durch ihre Abmachungen mit den... abnehmern gebunden. Besonders die Zulagen der weiblichen Ar-... bekräfte sind ein Unrecht den Jugendlichen gegenüber. Die Ver-... unserer Organisation haben mit allem Nachdruck verlangt, die... Sätze herauszuholen. Es wurde noch in letzter Stunde ein... Beschuß des Verwaltungsausschusses des Reichstages... gefaßt. Leider scheiterte auch der an dem Widerstand der Re-... gierung. Die Verhandlungen hätten ein besseres Resultat gezeitigt, wenn die Eisenbahner mit uns gemeinsam verhandelt hätten. Daß... sich diesmal nicht ermöglichen ließe, ist hauptsächlich auf die stati-... schen Verhältnisse zurückzuführen, die noch in den Staats-... arbeiten dominieren. Hier Wandel zu schaffen, ist dringendes Gebot... Stunde im Interesse der gesamten Reichs- und Staatsarbeiter.
Die Manteltarifve vom 7. November 1919 für die Ver-... arbeiter und vom 4. März 1920 für die Betriebsarbeiter... und geltend gemacht worden mit der Absicht, beide Tarife zu ver-... einheitlichen. Soweit noch Anträge in den einzelnen Filialen hierzu... liegen, wird ersucht, diese schleunigst an den Verbandsvorstand... senden.

Aus unserer Bewegung

Berlin. Am Freitag, den 4. Februar 1921, fand im „Gewerkschaftshaus“ die erste ordentliche Generalversammlung der Filiale Berlin für 1921 statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäfts- und Kassenbericht über 1920; 2. Neuwahlen der Ortsverwaltung und verschiedener Kommissionen; 3. Verbandsangelegenheiten. Der Bevollmächtigte, Kollege Polenske, gab den Geschäftsbericht über 1920, in dem er die Schwierigkeiten der jetzigen Wirtschaftslage kurz streifte. Die sich dauernd verschärfende Teuerung machte es notwendig, zur Verbesserung der Lebenshaltung mehrere Lohnbewegungen einzuleiten, von denen einige durch Arbeitsentlassung zum Austrag kamen. Trotz der immerhin guten Erfolge unserer Lohnbewegungen müssen die jetzigen Löhne als ungenügend bezeichnet werden. Die jetzt eingeleitete Lohnbewegung hat sich durch die ungünstige Entwicklung in der kommunalen Verwaltung Berlins sehr verzögert. Wir sind aber gewiß, dieselbe in den nächsten Tagen einer Lösung entgegenzuführen. Polenske besprach dann die im Berichtsjahr geführten Streiks, für die circa 450.000 bis 1/2 Million Mark aufgewendet wurden. Der Mitgliederbestand hat sich unter anderem durch das Hinzukommen einiger Filialen aus dem Gau Brandenburg um 6034 Mitglieder vermehrt, so daß die Filiale jetzt einen Mitgliederbestand von 54.180 aufzuweisen hat. Er kommt dann auf die Mitwirkung der Gemeindeführer zur Niederringung des Kapp-Vertrages zu sprechen und schließt mit dem Wunsch, daß es uns auch im neuen Jahr gelingen werde, die Einheitsfront der Gemeindeführer zu erhalten. Kollege Hoffmann als Kassierer gab hierauf den Kassenbericht vom vierten Quartal 1920, den er als befriedigend bezeichnete. Die diesmal in Erscheinung tretenden größeren Ausgaben sind zum Teil auf die notwendigen Vergrößerungen unserer Bureauräume zurückzuführen. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse balanzieren mit 1.380.816,50 M., während die Filialkassen eine Einnahme infol. Bestand von 1.453.821,01 M. hat, der Ausgaben in Höhe von 626.491,38 M. gegenüberstehen, so daß ein Kassenbestand von 827.329,63 M. vorhanden ist.

In eine Debatte über den gehörten Geschäfts- und Kassenbericht wurde nicht eingetreten. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Neuwahlen der Ortsverwaltung, a) der Beisitzenden, b) der Unbeisitzenden, wurde der Vorschlag der Orts- und Erweiterten Verwaltung zur Kenntnis gegeben, bei der jede politische Richtung berücksichtigt war. In der sich entwickelnden Debatte wurden gegen die Geschäftsleitung und besonders gegen die Bevollmächtigten bestimmte Anträge erhoben, durch die die Versammlung zeitweise bis zur Verhandlungsunfähigkeit erregt wurde. Der Liste der Orts- und Erweiterten Verwaltung wurde eine neue gegenübergestellt, auf der nur Mitglieder der kommu-

und für alle Zwecke

Siegener
Waagenbau G. m. b. H.
Siegen (Westfalen)
Deutschland

Eine vollkommene... Verwaltung, keine... Heilmittel. Hi... Formeln, die... der Verachtung; hi... den zu regeln, anzu... gehen noch Strafen... arbeiten und Schw... um durch die... die Fähigkeit anzuf... des Fortschritts w

... den des Sozial... von den Höheren zu... Ein Vertreter des... der Arbeiter und sprech die herzlichsten Wünsche... die Entwicklung des Heimes aus. Im Auftrag der Arbeiter... vertete Kollege Polenske. Er brachte den Dank der städtischen...erschaft Berlins für diesen festlichen Gruß zum Ausdruck und... seine Ausführungen mit einem brausenden Hoch auf die Soli... aller Geistesarbeiter wie der Handarbeiter.
Woge die Waldeinsamkeit von Alexisbad zahlreichen Kollegen... ihren Familienangehörigen Erholung und Kräftigung geben.

Proletariat.

Das wirtschaftliche Element ist ein treibender Faktor in... Entwicklung. So war es seit je in der Menschheitsgeschichte.
Daher bedeutet auch der wirtschaftliche Kampf einen gewaltigen... zu einer höheren Art des menschlichen Zusammenlebens. Die... weltliche Entwicklung aber bedeutet zugleich eine kulturelle... haltung, und damit ist das Proletariat in seinem wirtschaft-... kempfe um das wirtschaftlich Neue zugleich der Träger einer... geistigen Kultur.
Je mehr das Proletariat in diese Erkenntnis eindringt, je mehr... den tiefsten Wert seines Kampfes erfährt, je mehr es den wirt-... schen Kampf auffaßt als die Voraussetzung einer neuen sozialen... um, um so mehr trägt jeder einzelne Proletarier damit bei zu... Durchgeistigung des Begriffes „Proletariat“. Das Proletariat... zu werden zum bewußten Schöpfer einer weltumfassenden... wirtschafskultur.
Es war stets so in der Weltgeschichte, daß die Massen das... Praxis umwandeln, was die großen Hirne von einzelnen... tten. Auch die Weltroberungsgedanken von einzelnen Gewalt-... haben hatten nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn eine Masse... für diese Ziele einzusetzen bereit war. Solange die Masse schlie-... einen Gedanken erfährt, so lange blieb der Gewanke Gedanke... unge mußte er warten auf Verwirklichung. Und so blieben auch

adel... die Lehren Jesu Lehren, weil eine Masse in all den Jahrhunderten... schte, die die Lehre in die Praxis umzusetzen bestrbt war. Man... lehrte und lehrte, aber es schte die Masse der Tat. Und wenn... Schiller die Freiheit besang und Goethe die Seele der Natur in... sich fühlte, so blieben diese Produkte der Denkerhirne nur theoretische... Werte, weil die Masse schte, die diese Gedanken miterlebte und die... in Sinne dieser Gedanken praktisch eine neue Ordnung zu er-... kämpfen verstand.
Wenn der bürgerliche Spießer an eine Verbindung von Jesus, Schiller, Goethe mit dem Proletariat denkt, dann lächelt er selbst-... bewußt. Solche Geister können ja nur in ihm eine Stätte haben. Würden diese Spießer einmal in Weltversammlungen mit geistig-... ethischem Thema die Seele des Proletariats fühlen, dann... würde doch so mancher staunen über dieses geniale Mit-... empfinden der genialen Ideen. Man mag die höchsten Ge-... danken bringen, die tiefsten, umfassendsten Ideen: im Proletariat... schlägt eine verwandte Saite. Und während der Spießer... nüchtern kritisierend die großen Geister sezziert, erlebt das Herz... des Proletariats in solchen Weltstunden ein Auffauchen... selbsterfüllter Gefühle. Die Zeit ist gekommen, in der das... Größte an geistigem Erleben von der Masse empfunden wird, die... Zeit, in der dieses Geistige durch den proletarischen Kampf für... eine neue Ordnung seine Befreiung, seine Verwirklichung... feiert. Die wirtschaftliche Umgestaltung ist nicht mehr Selbstzweck, sie ist die Voraussetzung zur Entfaltung geistiger Kultur, wie sie von... unseren Größten prophetisch erkannt und gefühlt wurde.
Und damit wächst das geistige Proletariat immer mehr hinein in... das neue Proletariat. Der proletarische Gedanke wird durchgeistigt. Das Proletariat wird der praktische Schöpfer der Verwirklichung... all des Großen, das die Geister aller Zeiten dachten. Freiheit, Liebe, All-... einheit! Das Proletariat wird der bewußte Vollender all... dieses Erhabenen. Und nichts Herrlicheres gibt es, als durch... geistige Bildung, durch proletarische Aufrüstung, durch feste Ver-... vollkommnung zu werden zu einem vollen, ganzen Gliede dieses... neuen, dieses wahren Proletariats, des Proletariats in des Wortes... tiefster Bedeutung.
Dr. Gustav Hoffmann.

2. Vorsitzender Edmund Lohse, Kassierer Paul Schnabel, Schriftführer Oster Fiedler. Dem Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen beim A.G.B.S.O. stimmte die Versammlung zu.

Wörlau L. Sa. In der Mitgliederversammlung am 20. Januar wurde Kollege Hermann Lange, Löbau, Neuförge 23, zum 1. Vorsitzenden gewählt. Gauleiter Wendt berichtete dann über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der sächsischen Gemeinden. — Zur Beachtung! Kollegen, welche Unterstützung erhalten, haben sich diese jeden Sonnabend in der Zeit von 5 bis 7 Uhr nachmittags beim Kassierer Oswald Red, Löbau, Oberlöhner Straße 41, abzuholen.

Ludwigshafen a. Rh. In der gut besuchten Generaterversammlung am 15. Januar gab Kollege Haß den Geschäftsbericht. Den Kassierenbericht gab Kollege Kanan. Die Filiale zählt rund 800 Mitglieder. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Peter Haß, erster Vorsitzender; Philipp Wahner, zweiter Vorsitzender; Karl Kanan, Kassierer; Ebert, Schriftführer.

Magdeburg. In der Generaterversammlung am 23. Januar gab Kollege Bernick den Geschäftsbericht für das Jahr 1920. Der Mitgliederstand war am Jahresabschluss 2944. Die Jahreserinnahme betrug 364 619,71 Mk., die Ausgaben 1 724 232,21 Mk. Der Hauptposten betrug 104 506,07 Mk. überfordert. An Unterstützungen für Mitglieder wurden für Arbeitslose 6123,25 Mk., für Kranke 12 736 Mk., für Witwen 2920 Mk., Sireit- und Notfallunterstützung 1495 Mk., für Weihnachtunterstützung 3860 Mk. gezahlt. Der Bestand der Kassenkasse ist von 18 708 Mk. auf 61 563 Mk. angewachsen. Für die Gemeindegewerkschaften wurde der Tarif dreimal gekündigt. Durch die Pensionen wurden die Löhne durchschnittlich um 215 Proz. angehoben. Das Personal der Krankenhäuser ist eine Erhöhung der Löhne um das Vier- bis Fünffache erreicht worden. Die Staatsarbeiter konnten ebenfalls eine Erhöhung ihrer Löhne erreichen. Anschließend erriktete Kollege Pfeiffer die Jahresrechnung über die Kassenverhältnisse. Zu Vertretern in der örtlichen Gewerkschaft der Fata wurden die Kollegen Bernick, Förster, Fahrig und Senft bestimmt.

Mannheim. In der Generaterversammlung am 27. Januar gab Kollege Hund den Geschäftsbericht. Ein schriftlicher Bericht ist an die Betriebsräte herausgegeben worden. Den Kassierenbericht gab Kollege Stumpf. Die Einnahmen der Kassen betragen im 4. Quartal 55 704,81 Mk., die Ausgaben 30 343,67 Mk. Bleibt ein Kassenbestand von 25 294,14 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Quartals 2598. Kollege Stark gab dann die neuen Zustände des Ortsstatus bekannt. Sie fanden eine unumgängliche Annahme. Kollege Wensch verlangte, daß bei der Ausarbeitung des neuen Tarifs die verarbeiteten Kollegen den verarbeiteten gleichgestellt werden sollen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender Stark, 2. Vorsitzender Senn, 1. Schriftführer Schneider. Als Delegierte in den Ortsausschuß wurden die Kollegen Stumpf, Wensch, Rhode, Krenz und Biehler gewählt.

Marienberg L. S. In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 19. Januar gab Kollege Berger den Bericht über die Kassenverhältnisse. Die Neuwahl des Filialvorstandes ergab Wiederwahl der bisherigen Kollegen.

Meißen. In der Versammlung am 20. Januar gab Kollege Müller den Bericht über die Lohnverhandlung am 17. Januar mit dem Arbeitgeberverband. Weiter berichtete Kollege Lahl über die Verhandlung des Gesamtbetriebsrates mit dem Weinbergsgewerkschaft am 13. Januar über die Regelung der Winzer. Die Verhandlungen sind zugunsten der Winzer verlaufen. Zum Schluß erriktete Kollege Thomas, daß den Frauen beim Lebensmittelpreis der letzten Lohnzulage von den 30 Mk. gezahlt Vorzug nur 10 Mk. zugesagt wurden. Der Rest ist als Lohnvermittlung angenommen worden, weil die Frauen bei der letzten Lohnverhöhung leer ausgehen.

Münster. In der Generaterversammlung am 20. Januar gab Kollege Bönhoff den Jahresbericht. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Kollege Bolm machte dann noch auf die Bedeutung der Freizeitmöglichkeiten am 20. Februar aufmerksam, gerade aus als Gewerks- und Gemeindegewerkschaften kann und darf es nicht einerlei sein, nur in den gelegentlichen Körperschaften liegt.

Neumünster. Am 14. Januar fand unsere Generaterversammlung statt. Eine vom Schlichtungsausschuß ernannte vierwöchentliche Untersuchung einer Lohnverhöhung von ungefähr 50 Mk. wurde, da die zweimaligen Schreiben von Demobilisationkommissar keine Aussicht auf Erleichterung zu erlangen war, fallen gelassen, dagegen wurde beschlossen, eine erneute Lohnforderung zu stellen. Der Kassierenbericht schließt mit einem Bestand von 1151,08 Mk. Der Mitgliederstand beträgt 147. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß der Stundenlohn im vergangenen Jahre von 70 bis 100 Proz. angewachsen ist. Der Durchschnittslohn betrug für männliche Arbeiter 900—9800 Mk., für weibliche 5450 Mk. Der Vorstand wurde wiedergewählt.

Nürnberg. Unsere Filiale hatte am 28. Januar ihre Jahresversammlung. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von 2698 auf 3571 angewachsen ist. Der Kassierenbericht zeigt von 21 805 Mk. auf 50 275 Mk. An Lohnbewegungen sind allein für die städtischen Arbeiter sechs durchgeführt worden. Der

Lohn steigerte sich dadurch in der ersten Klasse von 96 Mk. auf 219,50 Mk. und in der 7. Klasse von 117 Mk. auf 279,50 Mk. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab: Holke, 1. Vorsitzender, Büchner, 2. Vorsitzender, Bernreuther, Kassierer, Fischer, Schriftführer. Außerdem wurde ein Antrag einstimmig angenommen: Im Jahre 1921 soll in jeder ordentlichen Mitgliederversammlung ein befehlender Vortrag gehalten werden.

Radeffell. In der Generaterversammlung gab Kollege Thoma den Kassierenbericht. Er weist einen Bestand von 198,68 Mk. auf. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Thoma zum 1. Vorsitzenden, Kollege Bud zum 2. Vorsitzenden, Leutner zum Kassierer und Klotz zum Schriftführer bestimmt.

Bad Salzuflen. Der letzte Tarifabschluß war nicht in der befriedigenden Weise ausgefallen. Aus diesem Grunde war der Tarif durch die Gauleitung gekündigt und eine Forderung von 50 Pf. pro Stunde bei der Verwaltung des Bades eingereicht worden. Nun kommt etwas Eigenartiges, welches für die Gewerkschaften von allgemeinem Interesse sein dürfte. Die Bippische Badeverwaltung will den volljährigen Arbeitern 30 Pf. und den Frauen über 20 Jahre alt 15 Pf. pro Stunde zulegen unter gewissen Bedingungen. Wörtlich heißt es darin u. a.:

„daß schon jetzt festgelegt wird, daß die an den Kur- und Heilmittelabgaben beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen während der diesjährigen Saison den Lohn bzw. Tagelohn bekommen, den dieselbe Arbeitergruppe in Bad Drenthausen, Nauheim oder Pyrmont erhält bzw. erhalten wird. Sollte dieser Tagelohn niedriger sein, wie der in der letzten Saison von uns gezahlte Tageslohn, so soll der letztere zur Anrechnung kommen.“

Diese Regelung wirkt in ihrer praktischen Anwendung derart schwerwiegend, daß wir unmöglich ihr zustimmen können. Denn sie ist der erste Erfindungsvorstoß in bezug auf Lohnabbau und eine Examinata auf die gewerkschaftliche Durchbildung unserer Kollegen. Aufgepaßt! Kolleginnen und Kollegen, Mut und Vertrauen zu der Organisation, keine Zersplitterung, sondern fester und fester zusammenzuschließen, damit wir dem kompakten deutschen Arbeitgeberband bei den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen gewachsen sind. Gutes und Schöneres ist vollbracht, lassen wir uns dieses nicht durch den kleinste Windstoß von der Seite wieder fortwehen.

Waldheim. In der Generaterversammlung am 16. Januar gab Kollege Schäfer den Jahresbericht. Kollege Kästner gab den Kassierenbericht. Nach zweijährigem Bestehen der Filiale Waldheim ist unsere Kassenkasse auf 1115 Mk. gestiegen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Anton Loose, erster Vorsitzender, Berthold, zweiter Vorsitzender, Artur Kästner, Kassierer. Am Jahresabschluss waren 53 Mitglieder vorhanden.

Wiesbaden. Die Jahresversammlung am 22. Januar nahm den Geschäftsbericht entgegen. Die Mitgliederzahl ist von 1925 auf 2152. Die Abrechnung vom letzten Quartal ergab eine Einnahme von 78 150,03 Mk., die Ausgaben betragen 59 526,83 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 18 623,20 Mk. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Karl Demmer, 1. Vorsitzender, Karl Schäfer, 2. Vorsitzender, Böller, Kassierer. Kollege Demmer berichtete dann daß die Befehlszulage nur für die Beamten gedacht gewesen sei. Die Frage sei jetzt dem Finanzausschuß überwiesen. Die Versammlung beschloß, gleichmäßige Behandlung bei der Befehlszulage von Beamten und Arbeitern zu verlangen.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Auftrag für die Wahl von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten.

Der am 1. und 2. Februar 1921 in Berlin versammelte Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A.D.G.B.) und des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes (Afa-Bund) fordert die örtlichen Körperschaften der Betriebsräte und der Gewerkschaften Deutschlands auf, die bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsvertretungen auf einheitlicher Grundlage durchzuführen. Sämtliche Betriebsvertretungen, welche zur Neuwahl stehen, sollen nach Möglichkeit an einem örtlich vereinbarenden Tage im Monat März neu gewählt werden. Die Agitation ist auf Grund der Forderungen der freien Gewerkschaften allenfalls halb aufzunehmen. Einheitliche Listen der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind in jedem Betriebe von den Gewerkschaftskollegen aufzustellen. Jeder Versuch, in den Reihen freigeorganisierter Gewerkschaftler nach engen Parteigruppierungen mit getrennten Listen vorzugehen, muß zurückgewiesen werden. Jedes Kompromiß mit Gewerkschaften, die nicht dem A.D.G.B. und dem Afa-Bund angehören, ist im Interesse der Einheit der Bewegung und unserer Kampfkraft gegenüber den Unternehmern unter allen Umständen auszuschließen. Die Betriebsräte der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten Deutschlands treten ein:

„für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß den Forderungen der Spitzenorganisationen und des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands,

für die Kontrolle der Produktion und die restlose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß den Beschlüssen des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands,

für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechts in allen Fragen der Wirtschaftsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet, aber durch des Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung nicht zugebilligt worden ist, und

für die Ueberführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft."

Freigewerkschaftliche Arbeiter und Angestellte, Arbeiterräte, Angestelltenräte, Betriebsräte und Gewerkschaftskollegen! Benutzt die nächsten Wochen dazu, die Kollegen in den Betrieben aufzuklären, sorgt dafür, daß alle Arbeiter und Angestellten, welche ihren Klassenstandpunkt noch nicht erkannt haben, restlos für die freien Gewerkschaften gewonnen werden, erklärt durch Wahl von freigewerkschaftlichen Betriebsräten Euren Willen, die Forderungen der freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften zur Durchführung zu bringen gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, für die sozialistische Gemeinwirtschaft!

Berlin, den 2. Februar 1921.

Der geschäftsführende Ausschuss der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A.D.B. und des A.F.A.-Bundes.

Der Beirat des geschäftsführenden Ausschusses.

Deutscher Verkehrsbund. Der „Courier“ und der „Deutsche Eisenbahner“ brachten kürzlich folgende Bekanntmachung:

„Auf Grund der Beschlüsse der Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes im September 1920 in Dresden und der Konferenz der Gau- und Ortsverbände des Deutschen Transportarbeiterverbandes am 7. und 8. September 1920 in Berlin hat sich die Arbeitsgemeinschaft der beiden Verbände unter dem Namen „Deutscher Verkehrsbund“ konstituiert. Das Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist, alle im Transport- und Verkehrswesen beschäftigten Lohn- und Gehaltsabhängiger zu wirksamer und nachhaltiger Interessenvertretung in einer zweckmäßig gegliederten selbständigen Einheitsorganisation zusammenzufassen. Für die Uebergangszeit hat die Arbeitsgemeinschaft die Aufgabe, eine gemeinsame Förderung der Rechte und eine erfolgreiche Vertretung der Interessen der Mitglieder der beteiligten Verbände auf wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen, rechtlichen, sozialen und geistlichem Gebiete zu gewährleisten. Durch Schaffung geeigneter organisatorischer Einrichtungen sollen die besonderen Angelegenheiten der Lohnabhängiger und ebenso die dementsprechende sachgemäße Behandlung und Vertretung finden. Die organisierte Zusammenfassung der im Deutschen Eisenbahnerverband und im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Reichspost- und Telegraphenbediensteten erfolgt nach Vereinbarung der beteiligten Verbände, vorstände in dem Verband des Post-, Telegraphen- und Fernsprechersonnals, Abteilung des Deutschen Verkehrsbundes“. Das in den in der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Verbänden zurzeit organisierte Personal der Straßen- und Kleinbahnen bildet den Verband des Personals der Straßen- und Kleinbahnen, Abteilung des Deutschen Verkehrsbundes“. Zur Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten, sowie der inneren organisatorischen Einrichtungen und zur Wahl des Verbandes wird für das Post-, Telegraphen- und Fernsprechersonnals eine Reichskonferenz im Februar 1921 abgehalten. Für das Personal der Straßen- und Kleinbahnen findet zu den gleichen Zwecken eine Reichskonferenz im Februar 1921 statt. Der organisatorische Ausbau der genannten Gruppenverbände und ihre Eingliederung in den Deutschen Verkehrsbund soll bis 31. März 1921 in Vertretung der Konferenzbeschlüsse durchgeführt sein. Für die Arbeitsgemeinschaft ist eine provisorische Zeitung eingesetzt, die aus dem Vorlesenden des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Kollegen Franz Zorffel, dem Vorlesenden des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Kollegen Oswald Schumann, und dem Kollegen Louis Brunner als Geschäftsführer besteht. Alle für die Arbeitsgemeinschaft bestimmten Sendungen, Korrespondenzen, Druckfachen, Zeitungen usw. sind zu richten an Louis Brunner, Geschäftsführer des Deutschen Verkehrsbundes, Berlin EC. 16, Albrechtstr. 111."

Beitragsverhöhung durch Abstimmung beschlossen wurde im Januar im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Von ungefähr 75 000 Mitgliedern stimmten 28 532 für, 12 930 gegen die Beitragsverhöhung. Außerdem haben folgende Jahrestellen: Hamburg (3170), Güstrow (54), Scheide (9), Regensburg (633), Heidelberg (192), mit insgesamt 4058 Mitgliedern der Vorlage durch Versammlungsbeschluss zugestimmt. Damit erhöht sich die Zahl derjenigen, welche für die Beitragsverhöhung gestimmt haben, auf 32 590. Die erhöhten Beiträge treten mit der Woche vom 27. Februar bis 5. März in Geltung. Sie betragen bei einem Wochenlohn von bis 75 M. 0,60 M., von 76—100 M. 1.— M., von 101—150 M. 2.— M., von 151—200 M. 2,50 M., über 200 M. 3.— M.

Internationale Rundschau

Polen. Die freien Gewerkschaften in den früher preussischen Gebieten, die an Polen gefallen sind, haben schwere Tage zu durchleben. Die vielgerühmte „polnische Freiheit“ wendet alle Mittel an, um die freien Gewerkschaften zu vernichten. Einkorderungen braurer Gewerkschaften auf längere Zeit mit nachträglicher Freilassung unter Stellung immens hoher Kauttionen sind an der Tagesordnung. Davon konnte auch unser Kollege Erich Höpfel ein Beispiel bringen, der früher Leiter unserer Bromberger Filiale war und unter der Polenherrschaft gemeinsamer Sekretär mehrerer Gewerkschaften in Bromberg wurde. Im 13. Oktober 1920 wurde Höpfel wegen Verleumdung des Staro en in Bromberg zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt und trotz eingeleiteter Berufung sofort in Haft genommen. Die Verleumdung soll Höpfel anlässlich einer Lohnverhandlung vor dem Bromberger Schlichtungsausschuss ausgesprochen haben. Als Zeuge gegen Höpfel trat der Sekretär der — Polnischen Berufsvereinigung, Josef Jablonski, auf, der bereits bei einer früheren Verurteilung im Juni v. J. geäußert hat, er wüßte, Höpfel müßte 14 Tage länger sitzen! Daß diese Hege gegen die Gewerkschaften nicht nur allein in den abgetrennten preussischen Gebieten betrieben wird, sondern auch in Polen selbst gar herrliche Blüten zeigt, beweist am besten der Umstand, daß der Redakteur des Konsumgenossenschaftsblatts „Smolny Bract“ wegen Veröffentlichung eines Aufrufs zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Die Verurteilung des Genossen Antoni Adamowski erfolgte auf Grund des Artikels 154 des russischen Strafgesetzbuches. Daraus kann man am besten erkennen, welche Freiheit die oberhalblichen Arbeiter erwartet, falls eine unglückliche Abstimmung sie zu Polen schlägt. Bei der Behandlung der freien Gewerkschaften in Polen ist auch die betriebene Kommunisten- und Sozialistengehe bereiftlich. Man will eben wieder ein letztes Reich der polnischen Schmachta errichten und unterdrückt jede freiheitliche Bewegung der Volksmassen. Es wäre ein Unglück für den oberhalblichen Arbeiter, wenn er durch die Abstimmung in die Hände einer mittelalterlichen Reaktion fallen sollte. Wir wollen Freiheit und Fortschritt auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens und keine Unterdrückung.

Rundschau

Zu den Vorgängen in Halle schreibt die Reichsgewerkschaftszentrale der D.A.P.D. in der „Aktion Fahne“ vom 5. Februar 1921:

„Eine Prüfung der Vorzüge in der Halle des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes ergab folgende tatsächlichen Verhältnisse: Die Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in Halle in Differenzen mit dem Hauptverband dieser Organisation. Ein wesentlicher Bestandteil der Differenz war ursprünglich die Stellung zu der selbständigen Betriebsräteorganisation, an der die Gemeindearbeiter in Halle ebenso wie die überwiegende Mehrheit der dortigen Arbeiter teilhaben, während sie vom Hauptverband des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes wie von den übrigen Gewerkschaftsverbänden getrennt wurde. Die Ablehnung verschiedener aus Halle an das Verbandsorgan eingehender Berichte hat die Differenzen verschärft und dazu geführt, daß von den circa 2000 Mitgliedern der dortigen Halle sich etwa 200 weigerten, die Beiträge ordnungsgemäß zu entrichten. So standen die Dinge, als eine verschärfte Propaganda für den Industrieverband erfolgte. Nach den jüngsten Erfahrungen scheint es nicht überflüssig zu betonen, daß die der D.A.P.D. angehörigen Gewerkschaftsmitglieder sowohl eine Änderung der Form wie des Inhalts der Artikel Gewerkschaften erstreben. Die Partei hat sich jedoch einmütig die Auffassung zu eigen gemacht, daß die Revolutionsierung der Gewerkschaften und ihre Umwandlung in Industrieverbände nur durch die Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften erreicht werden kann. Was in Halle geschah, steht in dieser Auffassung in unvermeidbarem Gegensatz. Dort ist unser Verbandsmitglied zum Industrieverband von den Mitgliedern des Gemeindearbeiterverbandes nicht verstanden worden, was von einem Vertreter des Land- und Hofarbeiterverbandes in unverantwortlicher Weise mißbraucht wurde. Nach entsprechenden Vorbereitungen fand am 10. Januar eine Abstimmung unter den Mitgliedern des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in Halle statt, wobei die zu entscheidende Frage wie folgt formuliert war: „Gemeinde- und Staatsarbeiterverband oder Industrieverband?“ Das Abgestimmte war zu freiden. Das Resultat ergab 1021 Stimmen für den Industrieverband und 60 Stimmen für den Gemeindearbeiterverband. Dieses Ergebnis, das an sich für die Halleischen Gemeindearbeiter sehr ehrenvoll ist, wäre zu begrüßen, wenn damit zum Ausdruck käme, daß die Halleischen Gemeindearbeiter auch innerhalb ihrer Organisation für die rasche Revolutionsierung des Industrieverbandes zu wirken. Unter dem Einfluß des Verbandes der Land- und Hofarbeiter bediente jedoch in diesem Fall die Abstimmung des Austritt der Gruppe aus dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und den Uebertritt zum Land- und Hofarbeiterverband. Die organisatorischen Folgen sind denn auch sofort gezogen worden.“

Wir werden nicht an, zu erklären, daß von einem Mitglied unserer Partei das Vertrauen unserer dem Halleischen Gemeindearbeiterverband angehörenden Parteigenossen in unverantwortlicher Weise mißbraucht

Unseren Genossen geht es darum, daß die zum Schaden des proletariats bestehende Gliederung der Gewerkschaften in 56 Berufsvereine beseitigt und die verwandten Berufe zu Industrieorganisationen zusammengefaßt werden. In Halle ist das Gegenteil des Beschäftigten erreicht. Zu den bestehenden 56 Verbänden kommt im allgemeinen Fall noch der 57. dazu.

Zunächst einmal sei betont, daß das, was Paul Leisch in Halle im Namen des Hand- und Kopfarbeiterverbandes getan hat, aufs schärfste den Vereinbarungen widerspricht, die zwischen der Reichsgewerkschaftszentrale (D.A.P.D.) und den Kommunisten in der Zeitung des Hand- und Kopfarbeiterverbandes mitgenossen getroffen wurden. Die Vereinbarungen besagen, daß der Verband der Hand- und Kopfarbeiter keine propagandistische Tätigkeit außerhalb Berlins betreibt, und keine Neugründung von Ortsgruppen vornimmt, ohne daß die Notwendigkeit hierzu von der Reichsgewerkschaftszentrale anerkannt wird, wobei vorausgesetzt ist, daß diese Reichsgewerkschaftszentrale die von der örtlichen Parteioptionation genehmigt und gemacht. Drei Beratungen dieser Vereinbarung sind ausdrücklich betont, daß die Notwendigkeit der Gründung neuer Ortsgruppen nur dann zu bejahen ist, wenn es sich um Unorganisierte handelt, um solche ehemalige Angehörige der freien Gewerkschaften handelt, denen die Gefahr droht, daß sie sozialistischen Wirrschöpfen zum Opfer fallen. Die Arbeit in den Zentralverbänden wurde prinzipiell als äußerst notwendig auch von den im Hand- und Kopfarbeiterverband organisierten Genossen anerkannt. Diese Vereinbarungen sind durchbrochen worden. In diesem Fall besonders scharf beurteilt werden muß, weil es sich um einen Ort handelt, wo die Kommunisten vorherrschenden Einfluß haben. Was in Halle geschah, widerspricht:

1. den Anweisungen der Reichsgewerkschaftszentrale,
2. den auf dem Vereinigungsparteitag beschlossenen Richtlinien für die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften,
3. dem Statut und den Richtlinien der Roten Gewerkschaftsinternationale,
4. den Beschlüssen des 2. Weltkongresses der Dritten Internationale über die Gewerkschaftsfrage.

Auf Grund dieser Feststellungen sah sich die Reichsgewerkschaftszentrale der D.A.P.D. gezwungen, gegen den Urheber der halleischen Affäre, gegen Paul Leisch, bei der Zentrale den Antrag auf Ausschluß aus der Partei zu stellen. Reichsgewerkschaftszentrale der D.A.P.D.

Dazu haben wir zu bemerken, daß die angeblichen Differenzen mit dem Hauptvorstand sich vor den ursprünglichen Abspaltungsentschlüssen kaum bemerkbar machten. Es war selbstverständlich, daß nach den Beschlüssen des Betriebsräte-Kongresses beizutreten werden mußte und damit die Existenzberechtigung der kommunistischen Betriebsrätezentrale in der Berliner Ringstraße nicht anerkannt werden konnte. Auch der zweite Grund des Ausschlusses ist nachträglich an den Haaren herbeigezogen, denn es handelt sich um zwei Einwendungen (unter vielen, die von Halle aufgezählt wurden), welche dem Hauptvorstand vorgelegt wurden und abgelehnt werden mußten, weil sie teils ungerechtfertigte Angriffe, teils unsachliche und beweislose Behauptungen enthielten.

Wenn wir nun auch mit einer gewissen Befriedigung davon Kenntnis nehmen, daß die D.A.P.D. von den Leisch, Hertel und Rolle sowie von den irreführenden haller Kollegen befreit, so geht doch aus vorstehender Darstellung der „Reichsgewerkschaftszentrale“ unzweideutig hervor, daß erstens der halleische Hand- und Kopfarbeiterverband in Berlin seine gewerkschaftsrechtliche Tätigkeit ausüben darf laut Vereinbarung mit der D.A.P.D. und daß zum andern auch in der Provinz unter gewissen Vorbehalten solche Zerstörungsarbeit gutgeheißen wird. Das läßt sich nicht bestreiten — würde Sabotage sagen. Wir können gerade nach diesen Anweisungen der Reichsgewerkschaftszentrale der D.A.P.D. nur dringend alle unsere Mitglieder ersuchen, wachsam zu sein und dafür zu sorgen, daß das Zerstörungswerk keine Nachfolge findet. Unter diesen Umständen muß unsere Organisation es auch ablehnen, geschehenlassen unter Kuratel der Reichsgewerkschaftszentrale der D.A.P.D. zu stehen!

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Auf Veranlassung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fand am 30. Januar eine Aussprache statt, um die Frage zu erörtern: Was kann geschehen, um die Arbeitslosigkeit durch vermehrte Arbeitsbeschaffung zu mildern? An der Besprechung nahmen teil: Vertreter aller Gewerkschaftsgruppen, der politischen Parteien und der Reichsregierung die Minister, die hauptsächlich mit der Beschaffung von Arbeitsstellen und mit der Arbeitslosenfürsorge in enger Verbindung stehen. Ferner war von Preußen ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums anwesend. Vertreter des Gewerkschaftsbundes wiesen darauf hin, daß im Vordergrund des Interesses die Beseitigung des Baumarktes steht. Es sei unumgänglich, daß der gegenwärtige Zustand aufrechterhalten wird, es müsse die Finanzierung der Wohnungsbauten gelöst werden. Denn ohne eine Unterbrechung würde auch in diesem Jahre die Baukonjunktur keine bemerkenswerte Aufwärtsbewegung erfahren. Die Reparatur der Häuser würde reichliche Arbeitsgelegenheit geschaffen. Es ist in hohem Maße zu bedauern, daß der Wohnungsbau in den

Bergwerksbezirken nicht die Förderung erfährt, die notwendig ist. Hier kann, gestützt auf die Abgabe, die aus dem Verschleiß der Kohle zur Verfügung steht, in größerem Umfange der Wohnungsbau betrieben werden, wenn nicht wieder eine schwerfällige Organisation die Ausführung des Werks verhindert. Das Arbeitsministerium muß hier durchgreifen und diese Störungen beseitigen. Baumaterialien seien in genügender Maße vorhanden, daran kann die Ausführung umfangreicher Wohnungsbauten nicht mehr scheitern. Ferner kommt in Betracht, daß die Eisenbahn und Post mit größeren Aufträgen herauskommt. In diesen beiden großen Verkehrsunternehmungen ist das Bedürfnis nach Neuanschaffung vorhanden. Es muß aber gefordert werden, daß die Industrie die hohen Gewinne, die sie bisher bei den Kalkulationen in Anspruch gebracht hat, ausmerzt. Zurückzuführen wäre auch auf größere Aufträge für die Notstandsversorgung und eine weitere Fortführung des von den Gewerkschaften vermittelten Wareneinkaufs, um unter Ausschaltung aller Zwischenstufen direkt dem Konsumenten die Ware zuzuführen. Das preussische Landwirtschaftsministerium muß sofort die in Aussicht genommene Kultur von Moorboden und Niedlandereien in größerem Umfange in Angriff nehmen. Für alle diese Aufwendungen könnte mehr oder weniger der Fonds für die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen werden. Die Besprechung ergab, daß bisher ungefähr ein Aufwand von 2 1/2 Milliarden Mark aus Mitteln des Reiches, der Freistaaten und Gemeinden für Arbeitsbeschaffung verwandt worden ist. Auf diese Art sind 200 000 Arbeiter vier Monate lang in Beschäftigung gelangt. Vom Ministerium der Eisenbahn wurde erklärt, daß Mittel zur Verfügung stehen und auch noch angefordert werden, um erhebliche Aufträge, die insgesamt bis auf 16 Milliarden gesteigert werden könnten, herauszugeben. Ähnlich lautete die Antwort des Postministers, der eine große Zahl von Arbeiten vorführte, die ausgeführt werden müssen. Es wurde zugesagt, für den Wohnungsbau in den Bergwerksbezirken eine bessere Regelung in die Wege zu leiten; auch die Notstandsversorgung und der Wareneinkauf wird weiter gefördert werden. — In der Besprechung trat eine Uebereinstimmung von allen Seiten in bezug auf die gegebenen Anregungen hervor. Die Ausführung des Programms ist abhängig von der Zustimmung des Finanzministeriums, das teiler eine gewisse Zurückhaltung über. Sache der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien wird es daher sein, den nötigen Druck dahinter zu setzen, daß diesen Worten auch Taten folgen.

Technik für alle. Bei jedem Arbeiter in allen Betrieben besteht das Verlangen zu wissen, unter welchen Voraussetzungen die Funktionen des Betriebes möglich sind. Besonders die technischen Voraussetzungen will der Arbeiter kennen lernen, um die Fertigkeiten für seine Tätigkeit leichter beherrschen zu können und seine Arbeit produktiver zu gestalten. Was in der Praxis nicht erlernbar ist, muß in besonderen Kursen und durch Selbststudium kennen gelernt werden. Für die Spezialkurse, die sich über mehrere Tage oder Wochen erstrecken, ist selten die notwendige Zeit verfügbar. Darum und auch zur Unterstützung der Kurse sind Heimstudien notwendig. Die hierfür notwendigen Werke sind meistens umfangreich und kostspielig. Die Grundlage und zum Verständnis der Technik wird uns ein Buch geboten: „Technik für alle“ (Preis 9 Mk.), vom Standpunkt technisch-wirtschaftlichen Denkens dargestellt von A. Freund, das uns in leicht verständlicher Weise eine Einführung in die Technik bietet. Verlag E. Degener, Leipzig, gibt dieses Buch heraus und hat es verstanden, durch klare Schrift und einfache Zeichnungen die Absicht des Verfassers zu unterstützen, ohne Vorkenntnisse in die Technik einzubringen. Als Gelegenheitsgabe für unsere jüngeren Arbeitskollegen ist dieses Buch besonders gut geeignet. Unsere älteren Kollegen finden auch in dieser Arbeit leicht faßliche technische Aufklärung über die Vorgänge in den Betrieben.

Rechtsaufmarsch zur Pflanztag.

Vielis kann der beste Bürger tragen,
Aber eines liebt er nicht:
Knechtlich machend lockert ihm der Magen,
Wenn ein Mensch die Wahrheit spricht.
Seht, schon sammelt sich der Gutgehanke
In dem allgewohnten Troß,
Soll Gehorsam schuldet er die Mäute
Hinter eines Junkers Hof.
Speckschmählt die Seele, Speck im Hirne,
Neigt er sich insondarenten,
Vor dem Lumpen neigt er fromm die Stirne,
Hat der Lump nur Geld wie Feu.
Hierig leidet er hochgeborene Söhne,
Winkt ihm eines Pfennigs Lohn —
Nichtschelteschwärmer soll der Teufel holen,
Für die Armut hat er Hof.
Einen Schritt nach rückwärts gilt's zu wagen,
Denn gefährlich scheint das nicht:
Vielis kann der Ehrmann tragen,
Aber die Arbeit liebt ihm nicht.

E. Schlaraffl, „Vorträge“.

Verbandsstell

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Vorstand hat beschlossen, die von Verbandsaus- schuß, Verbandsvorstand und Gauleiterskonferenz eingesetzte Kommission zur Vorberatung des Reichsmantel- tarifvertrages

zu einer Sitzung am 11. und 12. März 1921 nach Berlin, Buxtehuder Str. 15,

einzufladen. Die Kommission ist zusammengesetzt aus je 2 Mit- gliedern des Verbandsauschusses und den unbesoldeten Vorstands- mitgliedern sowie der Geschäftsleitung, 5 Gauleitern (Ehret- Mühlberg, Wachtendorf-Magdeburg, Preisler-Dresden, Bergel- Düsseldorf, Bürker-Karlsruhe), Vertretern der 5 größten Filialen (Berlin, Hamburg, Frankfurt, Breslau und München) sowie dem Kollegen Ehrhardt-München als Vertreter des Betrags der Betriebs- rätezentrale.

Wir bitten die Filialvorstände, Anträge zum Reichs- manteltarif bis zum Montag, den 28. Februar 1921, dem Verbandsvorstand zuzustellen.

Der Verbandsvorstand.

Eingegangene Schriften und Bücher

Gewerkschaftsversicherung. Von W. von Gebern. Preis broschiert 4 M. Verlag Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin W. 10, Genthiner Straße 38.

Eine neue Zeitschrift der Arbeiterjugendbewegung. Soeben ist die erste Nummer des "Jünger", Monatschrift für Führer und Helfer der Arbeiterjugendbewegung, erschienen. Die technisch gut ausgestattete Zeitschrift bringt eine Menge Anregungen und Vorschläge für die praktische Jugend- bereinbarung. Sie erscheint regelmäßig am 15. jedes Monats und ist zu beziehen durch alle Postanstalten oder direkt vom Verlag Aug. Albrecht, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Der jährliche Bezugspreis beträgt 12 Mark. Bei Bestellung von mehreren Exemplaren durch die Organisationen er- mäßigt sich der jährliche Bezugspreis für das Exemplar auf 10 M.; bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren auf 9,50 M.

"Mojart auf der Reise nach Prag." Novelle von Eduard Mörike. Preis 2,50 M. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Linden- straße 3. — Ein einactiges Erlebnis, das Mojart 1787 hatte, als er in Begleitung seiner Frau nach Prag fuhr, wo der Don Juan zur Aufstehung gebracht werden sollte, reizte Mörike zu dieser Novelle. Die Neu- ausgabe durch den Vorwärtsverlag ist ein nettes Büchlein in künstlerischem, leinwandgedrucktem Zweifarbenverlag. Die Anschaffung ist zu empfehlen.

Der kleine Samariter. Mit Anhang: Anleitung zur Einrich- tung einer Hausapotheke. Von E. Lippert, Berlin. Verlag "Freiheit", Berlin C. 2. Preis 1,50 M. — Schwarze Schmale und schwarze Schande. Von L. Jannasch. Preis 4,40 M. Verlag Neues Vaterland, E. Berger u. Co., Berlin W. 62, Aufhäuserstr. 125.

Proletarische Jugend. Sammlung sozialistischer Jugendschriften. Heft 1: Arbeiterjugend und sexuelle Frage. Von Hans S. a. m. a. l. Ver- lag "Freiheit".

Die unabhängige Sozialdemokratie und die Beamten. Von Luitp. Fleß. Herausgegeben vom Zentralrat der U.S.P.D. Verlag "Frei- heit" e. G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 89.

Helmrich Ströbel: Nicht Gewalt, sondern Organisation. Der Grund- text des Bolschewismus. Sonderheft des "Jörn". Jörn-Verlag, Berlin W. 57. 3 M.

Natur und Liebe, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Ver- tiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hofhof. Heft 5. In- halt: Religion, Kunst, Sozialismus. Religion des Sozialismus und Unsterblichkeit. Das Buchen der Gewerkschaftsfeier. Geburt und Leben. Die Not der Kindesseele. Die Seele des Volkes: Es werde Erde. Das Abonnement auf die Nummern 4-6 kostet 2,40 M. und 30 M. Porto.

Filiale Hagen

Ortsbeamten.

Sucht zum 1. April einen Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft, in schriftlichen Vorstellen gewandt, rednerisch und zur Abführung der Klagen- geschäfte befähigt sein. Den Bewerbungsschreiben ist ein kurzer Lebenslauf sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Ortsbeamten beizulegen. Bewerbungsschreiben sind bis zum 20. Februar an Franz Klein, Hagen, Heßstraße 3 pl., zu richten.

Verlag: In Vertretung des Verbands der Gemeinde- und Staatsbedienten W. K. Mann. Bekanntmachungen Redaktion & Druckerei, beide Berlin SO. Buxtehuder Str. 15. Druck: Betriebsbuchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Sulzer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Protokoll des Verbandes.

Table with 3 columns listing members and their details. Column 1: Name and address. Column 2: Birth date and age. Column 3: Name and address. Column 4: Birth date and age. Column 5: Name and address. Column 6: Birth date and age.

Ohre ihrem Kunden!